

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

180 · Oktober 2005

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

## Aus dem Inhalt

### Essay

BOSILJKA SCHEDLICH

Der Mauerfall oder Die Wende

867

### 15 Jahre nach dem Anschluß

STEFAN BOLLINGER

Sozialstaat DDR – nur Erinnerung  
oder auch Herausforderung?

876

HELMUT BOCK

Vom Elend historischer Selbstkritik

890

## BOSILJKA SCHEDLICH

# Der Mauerfall oder Die Wende

### I

Vor ihrem Fall wird jede Mauer erst einmal errichtet. Die Mauer soll schützen und abgrenzen, sie soll Interessen absichern.

Das war in meinem Bergdorf auch so. Eine niedrige, lange, graue Steinmauer schlängelte sich über die Berge und Täler und fehlte nur über den Wegen. Das Dorfgelände war abgesteckt, damit die Tiere nicht auf den karstigen Weiden des benachbarten Dorfes grasen. Nicht alle Menschen beachteten dieses Verbot. Mein Großvater musste als Dorfältester – seine Pflicht erfüllend – zwei Männer erschießen, die trotz mehrmaliger Ermahnungen ihre Schafe über die Mauer auf unser Gebiet getrieben hatten. Der Großvater dokumentierte seine Handlung durch zwei Striche auf dem Gewehrlauf. Dieses Rohrstück fanden wir später bei einer Renovierung unserer Terrasse. Die Großmutter berichtete, dass niemand den Großvater angeklagt oder bestraft hätte. Er hatte nur die verabredeten Regeln umgesetzt. Der Großvater ist vor 60 Jahren gestorben, die Dorfmauer ist eingestürzt und vom Gestrüpp überwuchert. Dort ist die Zeit der Mauern beendet. Niemand kann sie denken und niemand will sie bauen, seitdem die Menschen – ihr Interesse in der Industrie suchend – fortzogen. Jetzt sind Wege wichtig, die mit schwarzem Asphalt überzogen wurden und deren Ränder inzwischen von modernen Stadtabfällen umsäumt sind.

Als ich im Jahre 1968 auf dem Luftweg nach Berlin kam, empfing mich in Schönefeld auch eine Mauer: eine doppelte, hohe, graue Betonmauer. Sie war erbaut worden, um Menschen daran zu hindern, von einem Gebiet ins andere zu gehen, hatte ich gelernt. Ich kann mich genau daran erinnern, wie sie gebaut wurde, obwohl ich noch ein Kind war. Mein Vater hielt aufgeregt eine Zeitung in der Hand und sprach von der Mauer, von Russen und Amerikanern und einem neuen Krieg. Ich war froh, dass mein Vater keine Schafe besaß und auch nicht der Dorfälteste war.

Diese Mauer schützte Interessen, die viel größer waren als die eines Bergdorfes, das sah ich gleich. Viele Waffen, bedient durch Menschenhand oder durch Selbstschutzanlagen, unterstrichen ihre Wichtigkeit. Die Stromleitungen entlang der Mauer erinnerten an den zweiten jugoslawischen und meinen ersten Film »Der neunte Kreis«. Eine junge Jüdin starb dort im stromgeladenen Stacheldraht eines Konzentrationslagers. Weiße Porzellanringe und die starren Gesichter der Mauersoldaten, die unsere Pässe kontrollierten, lösten Angst, Unbehagen und Schuldgefühle aus. Nach dem

Bosiljka Schedlich – Jg. 1948; geb. in Split; nach Kindheit in einem Bergdorf und Jugend in einem Industrieort an der Adriaküste 1968 als Gastarbeiterin nach Westberlin; Studium der Germanistik, Leitung eines Wohnheims für jugoslawische Frauen, Tätigkeit als Dolmetscherin und Übersetzerin; in den 80er Jahren Gründung zweier Beratungs- und Begegnungsstätten für jugoslawische Frauen. 1991 Gründung des Vereins *südost Europa Kultur e.V.*, 1992 des *südost Zentrum* in Berlin als Orte der Begegnung mit dem Ziel, durch Kulturarbeit der Kriegspropaganda entgegenzuwirken. Bosiljka Schedlich ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das *südost Zentrum* ist Anlaufstelle für Menschen verschiedener ethnischer Herkunft, »eine Oase des Friedens im nationalistischen Meer« (taz). Dort wird geholfen, beraten und ausgebildet, dort werden traumatisierte Flüchtlinge therapeutisch betreut.

Beschauen der Gesichter wurden die Pässe auf der Holzunterlage abgestempelt.

Der Bus brachte uns – 80 junge Frauen, die Gastarbeiterinnen genannt wurden – in den westlichen Teil Berlins, der vollständig durch die doppelte, hohe, graue Mauer wie eine Insel von seiner Umgebung abgeschnitten war. Die Umgebung wiederum war durch eine weitere doppelte, hohe Mauer als Staatsgebiet eingezäunt. Die Mauer zerschnitt Städte, sie schlängelte sich durch die Parkanlagen, Wälder, Flüsse und Seen, Straßen und Häuser. Sie verlief durch die Familien und Freundschaften. Sie unterbrach den Fluss des Lebens und bereitete Trennungsschmerzen und tiefe Wunden. Die Mauer zog in die Köpfe und Gefühle der alten und der neuen Bewohner ein. Sie war nicht mehr weg zu denken. Angst, Verzweiflung und Ohnmacht vermischten sich mit Empörung, Wut und Hass.

Dem stellten die Erbauer der Mauer deren Bedeutung für den Schutz der Interessen der ganzen Gemeinschaft entgegen. Das verstand ich zunächst auch. Ich hatte ja zu Hause gelernt, dass die Interessen der Gemeinschaft über denen des Individuums stehen. Zu Hause, in Jugoslawien, war eine Gesellschaftsordnung errichtet, die allen anderen als Beispiel dienen sollte. Ein Land, das sich selbst vom eigenen und fremden Nationalismus und Faschismus befreit hatte, ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches, sozialistisches System der in Brüderlichkeit und Einigkeit lebenden Völker mit Arbeiterselbstverwaltung, offenen Grenzen, politischer Unabhängigkeit und Freundschaft mit den armen Ländern der Welt. Gegenüber dem starren Sozialismus der Warschauer Blockstaaten war zwar vor allem nach Budapest 1956 und Prag 1968 höchste Vorsicht geboten, meinen Sympathievorschuss gegenüber dem »Sozialistischen« konnte dies alles jedoch nicht wegwischen.

Meine positive Haltung zum Osten wurde gestärkt durch alles, was ich im Westen als negativ empfand. Dass Arbeitskollegen ihre Verdienstabrechnung voneinander verstecken mussten und dadurch unterschiedliche Entlohnung für die gleiche Arbeit ermöglichten, dass uns, den Gastarbeiterinnen, gerade 2,63 DM pro Stunde brutto zugestanden wurden, dass uns pro Bettplatz in einem mit Feldbetten aus dem letzten Krieg eingerichteten Siebenbettzimmer monatlich 70,00 DM abgezogen wurden, dass für achtzig Frauen vier Kochplatten und zwei Duschkabinen ausreichen sollten. Und dass wir uns gleichzeitig verpflichtet fühlten, dankbar zu sein, dass sie uns nicht zurück nach Hause schickten, was bei einigen Frauen geschah, wenn sie krank wurden.

Die Ablehnung des »Sozialistischen« bei meinen deutschen Arbeitskolleginnen und Kollegen verstand ich nicht. Sozialismus, so hatte ich es gelernt, sollte vor allem den Arbeitern mehr Rechte bringen und für Gerechtigkeit sorgen. Meine Nachbarin in der Fabrik hatte eine Tochter in meinem Alter. Ich wurde zu ihrer zweiten Tochter, deren Gesundheit ihr am Herzen lag und die sie mit Obst versorgte. Ich fühlte mich aufgehoben und verstanden, durch ihre Wurzeln konnte ich in der neuen Umgebung anwachsen. Bis sie mir eines Tages entfremdet wurde.

Ich sah sie zum Fenster hinausschauen. Andere Frauen und Männer hatten auch die Köpfe zu den Fenstern gedreht, obwohl dort

Die Arbeit von Bosiljka Schedlich wurde mehrfach gewürdigt, u. a. mit dem Moses-Mendelsohn-Preis des Landes Berlin (1996) und dem Bundesverdienstkreuz am Bande (2000). Der Verein *südost Europa Kultur* erhielt 1998 die Luise-Schröder-Medaille.

nichts zu sehen war. Alle drehten die Köpfe weg, als sechs junge Menschen in Begleitung von vier Herren über den langen Gang der Fabrikhalle gingen. Die jungen Männer trugen lange Haare und lässige Kleidung, ihre Begleiter kurze Haarschnitte und dunkle Anzüge. Die Langhaarigen müssten Verbrecher sein, dachte ich. Aber sie waren Studenten. Bei uns zu Hause waren alle stolz, wenn jemand aus dem Dorf oder sogar aus der Familie studierte. »Sie sind Kommunisten und machen Demonstrationen bei uns, sie sollen nach drüben gehen«, flüsterte meine Kollegin.

Sie demonstrieren auch für uns Gastarbeiter, dachte ich. Und meine Kollegin will das nicht, also ist sie gegen uns, gegen mich. Das Obst kam weiter, aber die Trauer der Einsamkeit blieb. Kommunisten waren, so hatte ich gelernt, die besseren Menschen. Sie waren mutig und selbstlos, sie waren bescheiden und großzügig, sie predigten die Liebe, nicht den Hass.

## II

Und die Vordenker für die neue, gerechtere, soziale Welt kamen vor allem aus Deutschland.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zählten zu meinen Vorbildern. An einem von Nieselregen getrübbten Nachmittag im Januar 1969 verteilten am Ausgang der Fabrik zwei junge Menschen Flugblätter mit den Fotos der beiden. »Hier gibt es doch Menschen, die so denken wie ich, die Gerechtigkeit wollen«, dachte ich und nahm freudig die Flugblätter an. Drei Meter dahinter stand ein grauhaariger, hagerer Mann. Er schlug mit einer offenen Mülltonne auf den Boden und forderte die Arbeiter auf, die Flugblätter hinein zu werfen. Einige Flugblätter klebten nass auf dem Boden. Die Füße traten auf die Gesichter von Rosa und Karl, niemand hob sie auf.

Ein Jahr später war ich an der Universität. Die langhaarigen Studenten diskutierten und demonstrierten, sie sprachen vom Übel des Nationalismus, sie lobten den Sozialismus, sie wollten die Welt retten. Da fühlte ich mich gut aufgehoben. Warum die Arbeiter in den Fabriken den Studenten nicht glaubten, war nicht zu verstehen. Es schien, als ob sich eine unsichtbare Mauer zwischen ihnen erhob. Dass die Kapitalisten den Sozialismus nicht mochten, war verständlich, sie brauchen den Kapitalismus, um durch die Ausbeutung der Arbeiter ihren Profit zu machen. Aber die Arbeiter ...

Meine Landsleute, mich eingeschlossen, waren nur vorübergehend hier und sollten sich in die Politik nicht einmischen. »Wer Politik machen will, soll nach Hause zurückkehren«, hatte uns der Parteivertreter vor der Abreise der fünfundzwanzig Gastarbeiter aus meinem Dorf gesagt. Wir waren Nachfolger der ruhmreichen Partisanen und stolze Vertreter unseres Landes. Besser zu sein als andere schien uns selbstverständlich. Besser als die Türken, die uns fünfhundert Jahre geknechtet hatten, besser als die Deutschen, die im Zweiten Weltkrieg so viel Unheil über uns brachten. Wir haben beide besiegt und uns befreit.

So liefen zum Ersten Mai die Jugoslawen nie mit den anderen rote Fahnen schwenkend zur Kundgebung vor dem Reichstag. Sie versammelten sich im Goethepark in Wedding. »Hei Kozara, breite deine Zweige aus und beschütze junge Partisanen«, erklang es hun-

Bosiljka Schedlich gehört zu den 1 000 Frauen aus aller Welt, die von der in der Schweiz im Frühjahr 2003 geborenen Initiative »1 000 FriedensFrauen« für den Friedensnobelpreis 2005 vorgeschlagen worden sind.

Visionen von  
Bosiljka Schedlich:  
»Frieden ist keine Toten-  
stille. Frieden ist der Weg  
zum solidarischen Zusam-  
menleben ohne Gewalt und  
Krieg. Frieden ist möglich,  
wenn wir Mechanismen zur  
Verhinderung des Krieges  
entwickeln, wenn wir die  
Lehren aus der Geschichte  
begreifen. Der Zweite  
Weltkrieg wird jetzt, nach  
60 Jahren, langsam zu  
Geschichte. Viele haben  
von außen die Entwicklung  
unserer demokratischen  
Gesellschaft unterstützt.  
In Südosteuropa sind die  
Kriegswunden noch frisch,  
und die Zeit ohne Nationa-  
lismus ist noch lange nicht  
erreicht. Um den Friedens-  
prozess und die europäische  
Einigung langfristig zu  
unterstützen, gründen wir  
gerade eine *Stiftung für  
Südosteuropa*. Sie will  
Toleranz und Verantwortung  
fördern und neue Orte der  
Begegnung schaffen, sie  
will die Menschen dort ab-  
holen, wo sie stehen: ohne  
zu urteilen und zu richten.«

dertfach aus dem langen Reigen, der sich über die Lichtungen, im Duft des gegrillten Fleisches, im Gleichschritt bewegte. Dabei dachten viele an den Film »Kozara«, in dem Richard Burton den Marschall Tito spielte, den die deutschen Truppen als Banditen jagten. Bei dieser Jagd töteten sie im Kozara-Gebirge südlich von Banja Luka 1944 zehntausend Menschen, meist Flüchtlinge.

Die Anpassung, die gewollte und ungewollte Integration, wurde zur Gewohnheit. Auch die Mauer wurde mit der Zeit zur Gewohnheit: das Warten an den Grenzübergängen, die lächerlichen Fragen der Grenzposten nach »Kindern, Waffen, Munition und Funkgeräten«.

Es blieb das Unbehagen bei der Durchfahrt durch die »Zone«, verstärkt durch zuweilen auftauchende Meldungen über neue Mauertote. Die Beteuerungen einiger westlicher Politiker, die Mauer einreißen zu wollen, klangen hohl und propagandistisch. Ihre Größe, die Kraft, die notwendig war, sie aufzubauen und aufrechtzuerhalten, ließen keine Zweifel daran, dass sie unverrückbar war. Versuche, sie auf abenteuerlichsten Wegen zu überwinden, lösten Bewunderung für den Mut aus, wenn es glückte, und Resignation, wenn es scheiterte.

In Berlin konnte man die Mauer nie ignorieren. Sie bildete unzählige Sackgassen und stand im Wege. Sie stieß ab, die Sehnsucht nach Freiheit verletzend. Und sie zog an, wie alles Unfassbare die menschliche Neugier anzieht. Lange Wartezeiten, Befragungen und Kontrollen wurden in Kauf genommen, um die andere Seite der Mauer zu sehen.

Ich tat es auch. Mit dem jugoslawischen Pass brauchte ich auch kein Visum. Ich wurde die Botin meiner Berliner Familie. Ich trug Kaffee und Schokolade, Obst und Seife zur Tante und Cousine. Ich lernte den typischen Geruch ihrer Treppenhäuser kennen. Einmal kam ich unangemeldet, niemand war zu Hause, niemand im Treppenhaus. Den guten Spargel, der Tante Anna so gut mundete, versteckte ich hinter einer Leiter und schob einen Zettel unter die Tür. Weder der Zettel noch der Spargel wurden gefunden. Bis zu diesem Vorfall waren die Verwandten mit ihrem Staat meist zufrieden, mit den sozialen Errungenschaften. Sie wünschten sich nur, frei reisen zu können, die andere Seite einmal zu sehen, dort zu sein, wo sie ihre Kindheit verbracht hatten, das Grab der Oma Marta zu besuchen. Mein nächster Besuch bei der Cousine wurde ihr telephonisch von einer unbekanntenen Stimme mitgeteilt. Wir wurden beobachtet. Kam ich am Checkpoint Charly oder mit der U-Bahn in der Friedrichstraße auf die andere Seite der Mauer, wurde ich verfolgt auf Schritt und Tritt. Fremde Augen klebten in meinem Nacken. Es war fremdes Gebiet, wurde mir signalisiert, und: meine Besuche seien nicht willkommen. Ich war mir keiner Schuld bewusst, dennoch fühlte ich mich schuldig, wir fühlten uns alle schuldig.

### III

Die Mauer war kein Schutz, sie war der eingefrorene Krieg. Keine Antwort gab es auf die nicht gestellte Frage, wann der Krieg beendet sein wird. Von Aussichtsplattformen wurde die andere Seite ins Visier genommen, die unbewohnten Häuser entlang der Grenze mit Leere gefüllt. Mit unterschiedlichen künstlerischen Begabungen

wurde die längste Graffitiwand ungestört mit farbigen Visionen und Sprüchen gefüllt, auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite haben wenige zwischen den Zeilen geschrieben und in geheimen Räumen getuschelt. Einige litten schweigend, sie rasselten nicht mit den Ketten, sie beugten die Köpfe, um nicht aufzufallen. Einige sahen weg, andere machten mit. Einige waren überzeugt.

Eine neue Realität war entstanden, an der man nicht mehr vorbei konnte. Die Politiker im Westen hatten sich mit den Mauern abgefunden und arrangiert, die Politiker in Osten gaben vor, die fortschrittlichen, die zukunftsweisenden, die wahren Sozialisten zu sein. Besuchsregelungen schafften kleine Erleichterungen, auch die Cousine konnte zur Beerdigung eines Onkels für drei Tage in den Westen. Von großen Veränderungen wurde nicht mehr geträumt.

Wenn nur das Schießen auf die Menschen entlang der Mauer und das Verfolgen der Kritiker nicht wäre. Es ging auch im Sozialismus anders. Wie in Jugoslawien, dachte ich.

Dann fiel in anderen Staaten der Eisener Vorhang in sich zusammen, wie eine Panzerkette ohne Halterung. Die Unzufriedenheit hatte sich in Entschlossenheit verwandelt, etwas Neues aufzubauen. Hoffnung trug die Menschen.

Entlang der Mauer schien die Vision zu fehlen. Oder war es die Erstarrung des Zweiten Weltkrieges, die den Staub nicht abzuschütteln vermochte? Die deutsche Mauer spiegelte den Kalten Krieg der Blöcke wider, sie spiegelte auch die Bestrafung des deutschen Volkes für das, was die nationalsozialistische Politik anderen Europäern und den Deutschen selbst eingebrockt hatte. Das Land schien sich in die letzten Fetzen des Eisernen Vorhangs einzuhüllen.

#### IV

Aber so konnte es nicht lange bleiben. Die Kraft, die Mauer aufrecht zu erhalten, hatte eine stille Gegenkraft, vor allem bei jungen Menschen, ausgelöst. Sie wollten nicht warten, dass die Zeit sie überrennt. Hungrig nach dem Leben suchten sie vorsichtig nach Löchern zum Westen. Andere schlossen sich an, es wurden immer mehr. Es wurde immer unwahrscheinlicher, dass die Fliehenden aufgehalten werden könnten.

In dieser Zeit flohen die Menschen auch aus meinem Land. Schon ab 1981 flohen die Albaner aus dem Kosovo, nachdem die Polizei in die Demonstranten geschossen und 13 Menschen getötet hatte, die besseres Essen in der Universitätsmensa in Priština und höhere Gehälter für die Arbeiter forderten, denn sie verdienten nur ein Viertel dessen, was in Slowenien für die gleiche Arbeit gezahlt wurde. Sie protestierten, suchten Hilfe. Sie kam nicht. Kosovaren wurden zu Staatsfeinden erklärt, sie wurden festgenommen und gefoltert, sie wurden von der Arbeit entlassen, ihre Kinder konnten keine Schule und keine Universität besuchen. Illegale Schulen wurden errichtet, die Menschen versuchten, ihre Kinder zur Ausbildung ins Ausland zu schicken.

Junge Männer kamen auch nach Deutschland, um eine Arbeit in Restaurants zu finden und damit ihre Familien ernähren zu können. Einige arbeiteten auch auf der Straße, Hütchenspiele betreibend. Sie

spielten auch im Schatten der Berliner Mauer. Neben den Kreuzen am Reichstag hatte eine kleine Gruppe im Herbst 1988 einen kleinen Teppich auf den Boden gelegt und darauf die Kugel aus Papier unter den vier Streichholzschachteln hin und her geschoben. Sie lockten die Spaziergänger, sich an dem Spiel zu beteiligen und so auf leichte Art 100 DM zu verdienen. Einige Touristen spielten mit. Zwei Grenzsoldaten im Kontrollturm schauten selbstvergessen durch die Ferngläser auf den kleinen Teppich.

Die Polizei versuchte, die Hütchenspieler festzunehmen. Sie wurden dann verurteilt und ausgewiesen, aber sie kamen immer wieder zurück.

Der nichterklärte Krieg im Kosovo wurde weiter geführt. Sonderheiten aus allen Teilen Jugoslawiens wurden dorthin abgesandt. Über die Polizisten, die in Särgen nach Hause zurückgeschickt wurden, schrieb keine Zeitung, niemand sprach laut darüber. Wer es wagte, wurde zum Staatsfeind erklärt. Die Mitglieder der slowenischen Demos-Bewegung wurden zu k.u.k.-Nostalgikern, die kroatischen Politiker zu Ustaša, den kroatischen Nationalisten aus dem Zweiten Weltkrieg erklärt. Petra Kelly und Gerd Bastian, die 1500 streikende Arbeiter im Bergwerk Trepča besuchen wollten, wurden direkt nach ihrer Ankunft auf dem Flugplatz in Belgrad zurückgeschickt.

Es kamen auch immer mehr Roma nach Berlin, die als erste in der sich zuspitzenden Situation angegriffen wurden. Auch sie berichteten während der Vernehmungen im Asylverfahren über Folter und Verfolgungen. Die Medien berichteten über die Wirtschaftskrise und den Streit unter den politischen Nachfolgern von Tito, die sich über die Aufteilung der noch vorhandenen Ressourcen nicht einigen konnten. Unfähig, die Krise zu lösen, warfen sie sich Verrat und böse Taten aus der Vergangenheit vor. Die Artikel über die Wirtschaftskrise wurden durch Berichte über nationalistische Vorfälle abgelöst. Später kam ans Licht, dass diese Vorfälle häufig von den Geheimdiensten ausgelöst wurden, um die Stimmung gegen die jeweils andere Seite zu schüren.

## V

Dennoch erschien es unwahrscheinlich, dass daraus ein Krieg folgen könnte, denn 23 Millionen Menschen hatten vor kurzem gemeinsam den Tod des geliebten Staatspräsidenten beweint und Brüderlichkeit und Einigkeit gelobt. Sie würden streiken, die Armee würde sie schützen, vielleicht auch einen Putsch gegen die unfähigen Politiker durchführen. Alles besser als ein Krieg. Es kam anders. Dabei geschah zunächst nichts Besonderes. Nur der Blick trübte sich wie bei einem Fotoapparat, wenn das Objektiv geringfügig verstellt wird. Die Worte waren immer weniger geeignet, die Sichtschärfe wieder herzustellen. Mit jedem Vorfall, ob tatsächlich oder inszeniert, drehte sich das Objektiv weiter in die falsche Richtung. Die Trübungen lösten neue Orientierungslosigkeit und Angst aus. Zu Erkennungszeichen wurden nun Farben, mit denen Gruppen abstammungsgemäß gekennzeichnet wurden. So wurden die bisherigen Eigenen zu neuen Fremden. Unsichtbare Mauern breiteten sich aus über die Schreibtische, durch die Ehebetten, durch die Kinder hindurch.



Währenddessen wuchs die Öffnung in der deutschen Mauer wie ein Loch in einem Damm vor dem steten Druck des Wassers. Der Damm riss auf, und die Menschen breiteten sich wie Wellen aus. Die Straßen der ersehnten Welt boten sich mit ihren Schaufenstern und ihren Verführungen dar. Werbezettel, Bananenschalen und Bierdosen säumten die Wege. Es war der 9. November, zufällig der Tag der Erinnerung an die Pogromnacht.

Am dritten Tag danach bildeten sich im Nebel an der Gedächtniskirche drei Warteschlangen. Die erste wartete auf Linsensuppe mit Würstchen, die aus dem großen Topf verteilt wurde. Wie in den zwanziger Jahren bei der großen Arbeitslosigkeit. Die zweite Kolonne stand vor einem Bus, in dem 100 DM verteilt wurden, Begrüßungsgeld. Die dritte Kolonne stand vor Beate Uhse. Zwischen den vielen Männern stand nur eine Frau. Als sie die sechste vor der Eingangstür war, rief sie laut zu einem ins Gespräch vertieften Mann: »Hans, komm, du bist jetzt dran.«

Ich lief weiter, in die jugoslawische Wirtschaftsbank, die im Haus neben Beate Uhse eine Filiale hatte. Ich zahlte 5 500 DM für ein Auto ein. Mein Bruder indes bekam das Geld für sein Auto schon nach zwei Monaten zusammen. Er brauchte nur 2 000 DM. So stark hatte die jugoslawische Währung an Wert verloren, die Inflation tobte.

## VI

Die sanfte Revolution in Deutschland hatte wohl vor allem die Politiker im Osten überrascht. Zwischen den Zeilen zu lesen, in jedem Druck den Gegendruck zu sehen, das konnten sie nicht so gut. Die Gedanken sind frei und sie sind die Kraft der Menschen, die jede Mauer irgendwann einstürzen lässt.

Die Mauer stürzte ein und niemand schoss. Die Soldaten in Schönefeld winkten mir freundlich zu, als ich über die Grenze fuhr. Das war die Wende. Bis gestern war ihr Gesicht verfinstert und der Blick starr, jetzt atmeten sie auf, als ob vor allem sie nur darauf gewartet hätten, dass die Mauer fällt.

Die Worte der am Runden Tisch Beteiligten kamen aus dem Radio wie Hoffnung. Die sozialen Errungenschaften retten und sich gleichzeitig von Unterdrückung befreien, das sollte möglich sein.

Die durchlöchernte Mauer erzitterte währenddessen unter den Hammerschlägen. Trophäen des Sieges wurden in alle Welt hinaus getragen. Jeder war ein Sieger, der ein Stückchen vom bemalten Beton mitnehmen konnte. Einige tauschten Geld, um billige Waren aus den Geschäften des untergehenden Systems zu holen. Häuser und Grundstücke nahmen sie auch.

Die Frage danach, wer die Wende herbeigeführt, wer die Mauer umgestoßen hat, wurde immer lauter gestellt. Wer hat das Objektiv 40 Jahre lang in falscher Einstellung gehalten, wer hat es nun richtig gestellt?

Die Politiker im Westen schlugen sich auf die Brust und beteuerten, ihre vor Jahren gestellten Forderungen seien es gewesen. Die Verlockung der Waren war es, sagten die Verkäufer. Das Reisen in fremde Länder, sagten andere. Wir, die Politiker im Osten, sagten einige.



Wir sind das Volk, sagten viele. Und sie stürmten die Gebäude der Staatssicherheit, um Beweise zu sichern. Da kam die Ernüchterung, die noch keine Lehre werden konnte. Bewiesen wurde, dass sehr viele, Freunde und nahe Angehörige, ihre Kraft heimlich der Mauer geliehen hatten. Die Euphorie der Befreiung verwandelte sich in Verbitterung, Freude bedeckte sich mit Scham. Aus dem Volk der Sieger schien ein Volk der Verlierer zu werden, zerrissen durch Beschuldigungen, die eigene Unterdrückung gewollt, organisiert und durchgeführt zu haben. Sieger waren sie nicht mehr.

Am 1. Oktober 1990 flanierten auf dem zentralen Platz im Diokletianpalast in Split, wie immer unter dem abendlichen Himmel, die Menschen auf und ab. Einer von ihnen, ein alter Herr, sprach gestikulierend Liebesgedichte auf Altgriechisch, Latein, Französisch. Er war ein Professor, jetzt nannte man ihn »Redikul« wie alle, deren Geist dem Druck der spürbaren Ausweglosigkeit nicht standhalten konnte. »Ruf die Polizei, solche müssen weg«, sagte ein Mann im dunklen Anzug zur Kellnerin des feinen Lokals. Ihn bewundernde, auf seinen Wink wartende Männer an seinem Tisch lachten und sangen weiter verbotene Ustašalieder. Die jungen Polizisten schienen erleichtert zu sein, dass der alte Mann nicht mehr zu sehen war. Sie wirkten verunsichert und gingen. »Habt ihr gesehen, wie sie kommen, wenn wir rufen«, sagte der Mann im dunklen Anzug, »und wegen unserer Lieder hat sie niemand geholt.« Ich auch nicht, dachte ich. Das war dort die Wende, eine schleichende Wende in den verunsicherten Menschen. Kurz danach wurde geschossen.

## VII

Beim Kozaratanz halten die Tanzenden die Hände des Übernächsten vor dem Bauch des Nachbarn fest. Das offene, aufgerichtete und freudige Geflecht, ein Symbol der Antifaschisten, zerfiel dort, wo es entstanden war, in Omarska und Keraterm neben Kozara. 1992 wurden dort Konzentrationslager für Muslime und Kroaten errichtet. Die ersten Getöteten waren eigene Leute, Serben, die nicht mitmachen wollten. Die schlimmste Folter gab es für die Verräter.

Ein Überlebender berichtete bei einer Therapiesitzung in Berlin, dass im Dorf Kozara ein Lastwagen vor seine Fabrik kam, um die Männer abzuholen. An der Kühlerhaube war der Kopf eines Rindes befestigt. Die bärtigen, bewaffneten Männer schienen dem Mai 1945 entsprungen zu sein. Als sei die Zeit danach ausgelöscht gewesen, als zogen sie in den alten Krieg. Damals waren ihre Angehörigen grundlos getötet worden.

Es schien, als hätte das Tuch aus sozialistischer Ideologie über Jahrzehnte die Wunden zugedeckt. Als es zerrissen wurde, kam das Verdrängte hoch. Das befreite Wort ließ das Verschwiegene aufstehen, ließ den toten Vater, den Bruder und das Kind sichtbar werden in ihrem qualvollen Tod. Ich erfuhr, dass einer der Mörder mein beinloser Nachbar war, der mit Metallstückchen seine Türen zu Kunstobjekten verwandelte. Er hatte seine unaussprechlichen Worte unter den Metallstückchen versteckt, er hat sie ins Grab mitgenommen. Mit den Bildern in den Köpfen kam die Wucht des Hasses, der neue Menschen in die Gruben stürzte. Die Nichtbeweinten von damals schienen sich der Seelen der heutigen Menschen bemächtigt zu haben.

Die Welle des eingestürzten Dammes prallte dort auf, wo es am wenigsten zu erwarten war, dort, wo die schwere Erinnerung in der Krise einen Gegendruck erzeugte. Jetzt, 10 Jahre danach, wird dort nicht mehr geschossen. Die Errungenschaften der Sieger des Zweiten Krieges sind im Feuer des neuen Krieges untergegangen. Unzählige Wunden, neue und alte, schmerzen. Die Filme der Kriege vermischen sich zu einem Bild, zu einer Zeit. Das Gift will ausgespült werden.

Wo Gelegenheiten gegeben werden, wo Gespräche gefördert werden, werden die Mauern langsam abgetragen und das Gift kommt heraus. Es wird von Zuhörenden aufgenommen, es bewegt sie. Es bringt auch das bisher von ihnen nicht bewusst wahrgenommene Gift in Bewegung, das sie als Kinder selbst oder ohne Worte von ihren Angehörigen aufgenommen haben. Das verdrängt Gewesene kann nicht mehr zurückgehalten werden, es sucht sich Wege nach außen. Bombenkeller, untergehende Schiffe voller Flüchtender im gefrorenen Meer, ins Wasser mit Menschen und Tieren stürzende Brücken, stehen nach 60 Jahren neben den Überlebenden der alten und neuen Lager, neben den Überlebenden der subtilen Folter in Gefängnissen. Die Betroffenheit wird von einigen als Chance gesehen, das Gift loszulassen, es anzusehen und zu benennen, damit es als Alptraum unsere Nächte nicht aufrüttelt. Viel Zeit brauchen wir dafür.

STEFAN BOLLINGER

## Sozialstaat DDR – nur Erinnerung oder auch Herausforderung?

### *Sozialpolitik ist Machtpolitik*

Ein Vergleich mit der westdeutschen und mit anderen Perioden der deutschen Geschichte seit Bismarcks Sozialreformen sowie mit den sich entwickelnden sozialstaatlichen Strukturen und Leistungen könnte die Sozialpolitik in der DDR differenzierter erkennbar werden lassen. Wer sich etwa über die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard informiert, wird feststellen, daß auch dieser gelegentlich offen über die politischen Implikationen einer kapitalistischen Entwicklung in sozialem Frieden nachdachte. Ihm ging es mit seinem Konzept darum, »endlich das Ressentiment zwischen ›arm‹ und ›reich‹ zu überwinden, um so letztlich eine »Absage an den Klassenkampf« zu erreichen.<sup>1</sup> Sein Parteifreund Norbert Blüm konstatiert heute angesichts des Abschieds von der sozialen Marktwirtschaft: »Im Ost-West-Konflikt war der Sozialstaat Teil unserer Legitimationsgrundlage. Wir mußten beweisen, daß wir sozialer sind als der Sozialismus. Der Sozialismus ist tot und jetzt glauben manche Arbeitgeber, sie könnten Hausputz halten.«<sup>2</sup>

Wer sich jenseits ideologischer Scheuklappen der DDR-Sozialpolitik nähert, der wird sie als den Versuch der Umsetzung von humanistischen Idealen der Arbeiterbewegung betrachten müssen. Hier sind alle Versuche untauglich, dies auf das reine Machtkalkül zu reduzieren. Genau dies dominiert die aktuelle Geschichtsschreibung und den politischen Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Dies haben auch manche Publikationen negativ bestätigt, die zum jüngsten Jahrestag des 17. Juni 1953<sup>3</sup> es für nötig erachtet haben, dies nicht nur als »Lernschock«<sup>4</sup> zu interpretieren, sondern so zu tun, als ob der »Neue Kurs« erstmals sozialpolitische Einsichten der Kommunisten bringen würde. Die Verschärfung des Klassenkampfes mit allen Konsequenzen einer Bevorzugung der Schwerindustrie und der Militarisierung des Landes wurde so uminterpretiert, als ob dies das dringendste und alleinige Bedürfnis einer Ulbricht-Clique gewesen wäre, während die sowjetische Führung unter Berija und Malenkov zum wahren Verfechter der Sozialpolitik erkoren wurde.

Ein Blick auf die weltpolitische Konstellation und auf den offenbar nicht nur Linken eigenen Furor bei der Durchsetzung politischer Ziele sollte daran erinnern, daß jede Politik, also auch Wirtschaftspolitik, eben von solchen Rahmenbedingungen – neben der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft – entscheidend abhängig und bestimmt ist. Das Dilemma der Kommunisten war allerdings auch noch 1953, wie so oft in der Geschichte, daß sie glaubten, der eigenen Klasse, die sie

Stefan Bollinger – Jg. 1954 in Berlin, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. *Wichtige Publikationen zum Thema:* Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen (mit Fritz Vilmar Hrsg., 2 Bd., 2002); Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (Hrsg., 2004); Zivilisatorische Leistungen des Sozialismus? Skizzen zu Lasten und Traditionen. Pankower Vorträge. Heft 74 (2005) Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine Ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft«, Heft 149, Februar 2003.

schon lange im besten Willen als revolutionäre Avantgarde entmündigt hatten, Opfer für die großen sozialistischen Ziele abzufordern berechtigt zu sein. Daß die Arbeiterklasse auch unter roten Fahnen wußte, daß erst das Fressen und dann die Moral kommt und daß auch Opfermut bei den bewußtesten, mit der Partei am engsten verbundenen Teilen sehr endlich ist, mußte die SED nicht nur einmal erleben.

Dabei ist auffällig, daß trotz der engen Anlehnung an das sowjetisch-stalinistische Sozialismusmodell in der DDR eigenständige deutsche Wege nicht zuletzt unter Rückgriff auf sozialdemokratische wie kommunistische Erfahrungen insbesondere aus der Weimarer Republik gegangen wurden. Hier ist das Poliklinik-Beispiel sehr typisch. Und diese Wege hatten zumindest in den 1960/70er Jahren auch einen positiven Einfluß auf das bundesdeutsche DDR-Bild wie auf die spezifische Systemauseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten. Das sahen zumindest westdeutsche Publizisten und Forscher so, auch wenn sie später glaubten, die damaligen Einsichten einer systemimmanenten Kritik verleugnen zu können. Angesichts der heute vorherrschenden Vorstellungen eines Irrweges von Anfang bis Ende wundert dies nicht. Es widersprach nur sowohl den Intentionen der politisch Verantwortlichen in der DDR wie auch weiter Teile der DDR-Bevölkerung, im Unterschied zu einer Minderheit, die zudem aus sehr verschiedenartigen Gründen und angesichts der idealen politisch motivierten Asylbedingungen in Westdeutschland der DDR den Rücken kehrte.<sup>5</sup> Trotz gegenteiliger Interpretation fällt zumindest auf, daß in allen Krisensituationen Bürger, so Intellektuelle und nicht selten auch SED-Genossen, in ihrer Kritik an den bestehenden Verhältnissen scharf waren. Sie wollten aber »nur« eine andere sozialistische Politik und nicht ein anderes, kapitalistisches System. Das politische Verbrechen der SED-Führung bestand gerade darin, genau jene Kritiker in die Ecke der Todfeinde des Sozialismus gestellt zu haben und ausmerzen zu wollen.

Im Selbstverständnis der DDR und der SED-Führung war Sozialpolitik weit mehr als ein reines System der Risikoabsicherung in den Wechselfällen des Lebens, mehr als »die Gesamtheit aller staatlichen und außerstaatlichen Maßnahmen und Bestrebungen zur Verbesserung der Lebenslage von wirtschaftlich und/oder sozial schwachen Personengruppen«<sup>6</sup>, wie in einem westlichen Standardwerk nachzulesen ist. Auch wenn dies naturgemäß sozialistische Politik von vornherein aller totalitärer Anwendungen verdächtig macht, und politisch selbstredend begünstigt, war die Sozialpolitik in der DDR tatsächlich »die Gesamtheit der Gestaltung der sozialen Verhältnisse als Verhältnisse der Klassen, Schichten und sozialen (demographischen) Gruppen zueinander und nicht nur die Verbesserung der sozialen Lage wirtschaftlich und/oder sozial schwacher Gruppen.«<sup>7</sup> Auch wenn in der DDR Sozialpolitik unmittelbar nach dem Krieg natürlich zunächst solche Sicherungsfunktionen übernehmen mußte, so war sie doch sonst immer weiter gefaßt. Letztlich stand zugleich immer die offene spannende Frage des wirklichen Westvergleichs: Welches System hat die Sozialpolitik im weiten Sinne, also nicht nur hinsichtlich der Risikoabsicherung, sondern der Gestaltung der sozialen, materiellen Verhältnisse zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der (potentiell, wenn an die Ausgegliederten, Ausgestoßenen gedacht wird) arbeitenden Schichten erreicht.

Bearbeitetes und stark gekürztes Referat auf der 40. Linzer Konferenz der ITH (17.-19. 9. 2004). Die erweiterte Fassung (Stefan Bollinger: Sozialstaat DDR. Überlegungen zu Geschichte und Gegenwart. hefte zur ddr-geschichte, H. 94, Berlin 2005) kann bezogen werden bei: Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 78, 10437 Berlin, Telefon: 030 47538724, Fax: 030 47378775, E-Mail: info@helle-panke.de

1 Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 2000, S. 7, 14.

2 Norbert Blüm: »Manche Arbeitgeber glauben, sie könnten jetzt Hausputz halten«. Der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) über Hartz IV, Radikal-Reformer in der Union und Miniröcke, in: Berliner Zeitung, 10. August 2004.

3 Exemplarisch sei hier verwiesen auf Steininger, der sehr nachdrücklich eine gerade Verbindungslinie von 1953 zu 1989 zieht und dies vor allem an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR festmacht. Siehe Rolf Steininger: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003.

4 Martin Jänicke: Krise und Entwicklung in der DDR. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Hartmut Elsenhans, Martin Jänicke (Hrsg.): Innere Systemkrisen der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 162.

5 Siehe Jörg Roesler: »Rübermachen«. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Beziehungen als häufigste Motive der

deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, in: hefte zur ddr-geschichte, H. 85, Berlin 2004.

6 Johannes Frerich: Sozialpolitik. Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Darstellung, Probleme und Perspektiven der Sozialen Sicherheit, München-Wien 1990, 2. Aufl., S. VI.

7 Gunnar Winkler: Sozialpolitik in der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken-Scheidt 1988, S. 135; siehe Ders. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945-1985, Berlin 1989; Günter Manz, Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik, Berlin 1988, 2. erw. Aufl.

8 Dieser Umschlag ist anschaulich, wenn auch nicht in der Intention der Autorin liegend, nachzulesen bei Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, Kap. 3.

9 Der Wirtschaftsreform der 1960er Jahre in der DDR – Neues Ökonomisches System.

10 Zu den empfehlenswerten Gesamtdarstellungen nach 1989 gehören: Johannes Frerich, Martin Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1996, 2. Aufl; Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit; Bouvier, Die DDR, a. a. O. Siehe auch die selbstkritische Untersuchung von führenden DDR-

In der DDR setzte die Führung von Anfang an auf eine weite Fassung von Sozialpolitik, weil allein sie den ursprünglichen Idealen der Arbeiterbewegung entsprach, gerade deshalb mußte sie sich fast zwei Jahrzehnte lang schwer tun, selbst den Begriff zu verwenden. Er wurde in dem Moment aktuell, da die Führung und besonders Ulbricht begriffen,<sup>8</sup> daß Planwirtschaft allein als Kommandosystem nicht funktioniert, sondern durch – wie wir heute sagen würden – marktwirtschaftliche Elemente im NÖS<sup>9</sup> ergänzt werden muß. Das Makabere besteht darin, daß dieser Rückgriff auf den (weiten) Sozialpolitik-Begriff bis zum Schluß blieb und in dem Konstrukt der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« letztlich antisozialistisch voll zum Funktionieren gebracht wurde, weil genau die Bindung an die beschworene Wirtschaftspolitik durch Voluntarismus und Auslands-/West-Verschuldung unterlaufen wurde. Hier sind naturgemäß alle Kritiken an dieser Politik berechtigt, obschon sie allein von der vorgeblichen Systemgebundenheit her diskutiert werden und die realen wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungen im Ostblock und in der Welt recht gering geachtet und eher der SED-Führung angelastet werden.

#### *DDR-Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*

Es ist sinnvoll, die DDR-Sozialpolitik<sup>10</sup> in ihrem weiten Sinne (d. h. soziales Sicherungssystem, aber auch Bildungs-, Gesundheits-, Bevölkerungs- und Frauenpolitik, auch Wohnungsbau und nicht zuletzt Subventionspolitik) so zu betrachten, wie sie im Selbstverständnis der DDR auch praktiziert wurde: Nicht allein als Sicherungssystem für soziale Notlagen, sondern als einen umfassenden Versuch, in der Gesellschaft die Ideale von sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit, auch von Gleichheit mit einem hohen Maß an Solidarität durchzusetzen. Daß dabei Machtfragen wie bei jeder Sozialpolitik in jeder Gesellschaft eine Rolle gespielt haben, ist einsichtig und keine DDR-Besonderheit.

In der Geschichte der DDR gibt es unterschiedliche Etappen der Realisierung der Sozialpolitik, die hier nicht weiter ausgeführt werden können. Bemerkenswert ist allerdings zweierlei: Im Unterschied zu den bürgerlichen Freiheiten waren die sozialen Rechte der Verfassung, allerdings immer auch gekoppelt mit eingeforderten Pflichten der Bürger gegenüber dem Staat resp. der Gesellschaft, sehr konkret und nachvollziehbar. Zum andern zeigt sich bei der Realisierung von sozialpolitischen Zielen oft, daß in der Anfangsphase durchaus weitreichende Zielsetzungen kühn und erfolgreich angegangen wurden, sie aber in der Folgezeit durch ihre Verbürokratisierung, durch zunehmende Ressourcenprobleme, aber auch ihre teilweise weitgehende Umsetzung wesentliche Identifikationsmöglichkeiten für den einzelnen Bürger verloren haben.

Hier seien nur einige der Hauptfelder der DDR-Sozialpolitik genannt:

- Die *Sicherung der Vollbeschäftigung* für alle Bürger, was auch die zunehmende Einbeziehung der Frauen in die Erwerbstätigkeit einschloß, sowie gleichzeitig die Sorge um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. In der DDR war über fast drei Jahrzehnte die Arbeitslosigkeit überwunden, was Friktionsarbeitslosigkeit nicht ausschloß. Die Vollbeschäftigung war mit einer weitgehenden Verantwortung der Betriebe für die sozialen Belange der Beschäftigten einschließlich der Integration von Problemgruppen (Straffällige, Suchtkranke,



Behinderte u. a.) ebenso verbunden wie mit der Etablierung eines umfangreichen, nicht allein machtpolitisch zu verstehenden Netzes von Strukturen für Sozialleistungen (Verkaufsstellen, Feriendienst, Kinder-einrichtungen), die aber wesentlich zur niedrigen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität beigetragen haben und die betriebliche Effizienz schmälerten.

- Die Brechung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen und die Sicherung des *Bildungszugangs für alle*; auch hier galt frühzeitig die Aufmerksamkeit den Frauen und der Sicherung eines durchgreifend hohen Bildungsniveaus für alle lernfähigen und -bereiten Bürger (1988 hatten nur noch 13,7 Prozent der Beschäftigten überhaupt keinen Berufsabschluß). Gerade in diesem Bereich gab es Fehlsteuerungen durch politische Eingriffe gegen politisch Unliebsame, denen in der Regel nur der zweite Bildungsweg blieb, sowie zunehmend die Privilegierung bestimmter Personengruppen nicht zuletzt im Interesse der Reproduktion der Dienstklasse. Bildungspolitik schloß im weiteren Sinne auch einen umfassenden, weitgehend kostenlosen oder -günstigen Zugang zu den unterschiedlichen Formen der Kultur ein, sowohl als Konsument wie als aktiver Gestalter.

- Die Sicherung der *Gleichberechtigung der Frauen* und die *Förderung der jungen Familien und der Mütter* mit Kindern mit dem Ziel, Beruf und Familie zu vereinbaren und eine hohe Erwerbsquote zu sichern (1988 betrug der Frauenanteil aller Beschäftigten 48,9 Prozent), aber auch um die Gleichberechtigung durchzusetzen. Dazu kamen zunehmend bevölkerungspolitische Gründe. Nicht zuletzt ein ausgebautes Kinderbetreuungssystem gewährleistete dies (1988 betrug der Betreuungsgrad in Kinderkrippen u. ä. 79,9 und in Kindergärten 94,0 Prozent). Eine Schlüsselfrage war seit den 1960er Jahren die Sicherung eines hohen Bildungsniveaus der Frauen, das weit über die reine Arbeitskraftfrage hinaus ging und zutiefst emanzipatorischen Charakter trug. Nicht zu vergessen ist die seit 1972 mögliche Selbstbestimmung der Frauen hinsichtlich ihrer Schwangerschaften.

- Eine weitgehend kostenlose verstaatlichte *Gesundheitsvorsorge*, die in einem hohen Maß an die Betriebe gebunden war, mit arbeitsteiligen Gesundheitseinrichtungen (Polikliniken und Ambulatorien) und einem ausgebauten Vorsorgesystem (Dispensaire-Betreuung). Dazu gehörte auch eine umfassende Absicherung bei Krankheit, während die zu geringen Renten bis zum Ende ein ständiges Problem blieben und hier am ehesten relative Armut<sup>11</sup> zu beobachten war.

- Die Sicherung der *Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen*, die insbesondere durch ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm seit 1973 und mit äußerst geringen Mieten (0,80-1,20 Mark der DDR/qm) versucht wurde umzusetzen. Dabei konzentrierte sich dieser Wohnungsbau lange auf den Neubau und führte zur Vernachlässigung der Innenstädte. Immerhin gelang es für etwa die Hälfte der DDR-Bürger die Wohnverhältnisse qualitativ entscheidend zu verbessern.

- Die Erhöhung des Lebensniveaus durch eine *gezielte Einkommens- und Subventionspolitik*, mit der sowohl Leistungen stimuliert als auch die Versorgung im wesentlichen abgesichert werden sollten. In der Praxis erwies sich dabei die Entwicklung der Subvention von Konsumgütern und Tarifen am problematischsten. Sie garantierte zwar den Bürgern eine »2. Lohntüte«, wurde von den meisten jedoch nicht bewußt

Sozialpolitikforschern: Günter Manz, Ekkehard Sachse, Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001. Auch Stefan Bollinger: Soziale Sicherheit und Sozialpolitik in der DDR – Anspruch, Wirklichkeit, Wertungen, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 1, Eggersdorf 1998, S. 403-426.

11 Siehe Günter Manz: Armut in der »DDR«-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992.

wahrgenommen und belastete gleichzeitig den Staatshaushalt exorbitant. (Von 1980 bis 1988 stieg das Produzierte Nationaleinkommen von 193,6 Mrd. Mark der DDR auf 268,1 Mrd. Mark, während sich die Aufwendungen für die Preissubventionen von 16,9 Mrd. Mark auf 49,8 Mrd. Mark verdreifachten.) Vor allem führte die inflexible Subventionspolitik zu einer Fehlsteuerung, die kaum korrigiert wurde (unterbelegte Wohnungen, Brot als Viehfutter, billige Kinderkleidung auch für Erwachsene usw.).

Zu den Besonderheiten der DDR-Sozialpolitik gehörte sicher ihre ritualisierte Form der Verkündung, vor allem aber die einsamen Entscheidungen der obersten politischen Führung, einzelne Maßnahmen einzuführen. Wobei es eine konzeptionell abgestimmte Sozialpolitik trotz dieses Zentralismus nicht gab. Denn diese Sozialpolitik wurde als eine paternalistische,<sup>12</sup> auch patriarchale Politik betrieben, die kaum auf die aktive Einbeziehung der Betroffenen setzte, trotz der gerade auch in diesen Bereichen vorhandenen demokratischen Strukturen. Vor allem aber war es die Politik allein der Führung einer Partei, die die Richtlinien der Politik ebenso wie die konkreten Prozesse in allen staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen bestimmte. Diese Verschmelzung von Partei, Staat und Wirtschaft machte die Partei für alles verantwortlich, was sie auch sein wollte. Aber in dem Moment, wo die Entwicklung aus dem Ruder lief, mußte sich der Unmut auch immer nur an diesen einen Adressaten richten, das war 1953 wie 1989 gleichermaßen so.

#### *Gründe des Scheiterns*

Im heißen Sommer 2004 machte eine Meldung die Runde. Angesichts zunehmender tödlicher Badeunfälle mußte eine sinkende Anzahl von Schwimmern auch unter den Kindern in Deutschland festgestellt werden. Allein im Küstenland Mecklenburg-Vorpommern mit der Ostsee, vielen Seen und 14 Spaß-Bädern lernt heute fast jedes 3. Kind nicht mehr schwimmen. Zu DDR-Zeiten konnten mehr als 90 Prozent nach der 4. Klasse schwimmen. Damals wurden die Kinder ungeachtet von Kosten und Entfernung zum Schwimmunterricht gebracht. Der heutige lakonische Kommentar: »Das können sich die Kommunen heute nicht mehr leisten«.<sup>13</sup>

Das war und ist das Kernproblem jeder Sozialpolitik: Wer bezahlt eine Politik zum Wohle des Volkes und wie muß eine entsprechende Politik sozialer Gerechtigkeit gestaltet und realisiert werden? In vielen Darstellungen zur DDR-Sozialpolitik wird heute recht einfach gerechnet. Angesichts des explodierenden Anteils der Sozialausgaben (im DDR-Verständnis) am Staatshaushalt und der sinkenden Effizienz der Volkswirtschaft, auch der ausbleibenden Triebkraftwirkungen der Sozialpolitik, die Honecker und seine Führung ja erwarteten, die aber mehr und mehr ideologischer Natur waren, ist diese Rechnung einfach. Die Sozialpolitik war nicht mehr bezahlbar und der letzte Sargnagel an der DDR. In Übereinstimmung mit Erklärungen von DDR-Wirtschaftsfunktionären nach 1989 wird seit langem verkündet: »Der DDR-Bürger hat in all diesen Jahren über seine Verhältnisse und vor allem zu Lasten der Zukunft gelebt.«<sup>14</sup> Im Zweifelsfall wird hier gleich fortgeschrieben, daß auch die Vereinigungspolitik und die fortgesetzte Alimentierung der Ostdeutschen sich genau in dieser Tradition bewege.<sup>15</sup>

12 Siehe anschaulich als zeitgenössische Kritik: Gerd Meyer: Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ralf Rytlewski (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Ergebnisse und Probleme der Sozialistische Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 426-448; aus Sicht der DDR-Opposition im Herbst 1989: Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat, Leipzig-Weimar 1990.

13 Fast jedes dritte Kind lernt nicht schwimmen, in: Ostsee-Zeitung (Rostock), (Ausgabe Bad Doberan), 19. Juli 2004.

14 Günter Kusch u. a.: Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S. 31.

15 Siehe z. B. Manfred G. Schmidt: Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, Bremen 1999, S. 44 f.



Tatsächlich war die DDR-Sozialpolitik im wesentlichen eine steuerfinanzierte Politik. Und die Steuern, Abführungen an den Staatshaushalt, hatten die Unternehmen zu zahlen. (Die Bevölkerung wurde nur marginal zur Kasse gebeten: Bei einem Staatshaushalt 1988 von 268,1 Mrd. Mark der DDR betrug die Steuern der Bevölkerung 11,6 Mrd. Mark und die Beitragsleistungen für die Sozialversicherung 8,3 Mrd. Mark.) Das ausschlaggebende Mißverständnis seitens Regierung der DDR und der heutigen Kritiker: Sozialpolitik reduzierte sich auf Subventionspolitik. Nach der Erfahrung von 1953, aber auch der diversen polnischen Krisen waren Preise und überhaupt konkrete Veränderungen in der Ausgestaltung der Sozialpolitik für die SED-Führung ein Tabu.<sup>16</sup> Diese Lektion hatte man tatsächlich so gründlich gelernt, daß man nie über adäquate politische Krisenregulierungsmechanismen nachdachte und/oder praktizierte. Wenn es zu Konflikten kam, suchte man sie möglichst schnell unter der Decke zu halten, in der Regel mit Zugeständnissen, weit seltener mit Repression.<sup>17</sup> Die DDR war eine »arbeiterliche Gesellschaft« (Wolfgang Engler), die nicht nur bis zum Ende die Arbeit in den Mittelpunkt rückte, sondern auch die Arbeiterklasse, entsprechend der herrschenden Ideologie ja auch die herrschende Klasse, die die Partei, das Politbüro nur stellvertretend repräsentierte.

Eine solche Unbeweglichkeit mußte in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten die Macht ebenso gefährden wie das Gesamtsystem. Denn so war eine Umorientierung – trotz breiter Diskussionen im Lande unterhalb der offiziellen Ebene – letztlich unmöglich, eine zielgruppensichere und ressourcengesättigte Sozialpolitik in anderen Bereichen immer mehr ausgeschlossen. Die Subventionspolitik ist tatsächlich gescheitert und der Teil der Sozialpolitik, der den Staat spätestens nach der Agrarpreisreform von 1985 in den Ruin trieb. Auf jeden Fall hat diese Politik als Legitimation nicht mehr funktioniert. Genau auf diese Frage hatte sich aber die Führung versteift, so daß selbst nach dem Sturz Honeckers das Politbüro von seinen Wirtschaftsexperten nun neben ungenauen Verschuldungszahlen den Hinweis bekam, den Lebensstandard der Bevölkerung um 30 Prozent absenken zu müssen.<sup>18</sup>

Dies hätte den Abbau von Sozialstaatlichkeit in Gestalt von Lebensstandard heraufbeschworen, die übrigens auch schon in Ungarn und in der Extremform in Rumänien gegriffen hatte. Für die DDR-Führung war dies keine Option. Beide osteuropäischen Beispiele verweisen allerdings auch darauf, daß vor der Wende mit oder ohne Reformen die staatssozialistischen Länder vom Westen, vom IWF abhängig waren, die letztlich angesichts der Devisenschulden die Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesen Ländern beeinflussen konnten. Über die Wirkungen könnte man sicher genauso streiten wie heute in Südamerika oder Afrika.

Das umfassende Demokratiedefizit der staatssozialistischen Machtausübung erwies sich als das *entscheidende* selbstzerstörerische Element, das spätestens in den ausgehenden 1970er Jahren einen unverzichtbaren Umbau der DDR-Sozialpolitik, wie der Wirtschaftspolitik insgesamt, verhinderte.

Auch dies sei hier an einem randständigen, frühen Beispiel angedeutet. Die DDR war bekanntlich bis zur Wende und der Ankunft der westdeutschen Badegäste eine Hochburg des FKK, der Freikörperkultur,

16 Siehe ausführlicher Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements. hefte zur ddr-geschichte, H. 30, Berlin 1996.

17 Siehe z. B. Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

18 Siehe Schürers Krisen-Analyse, in: Deutschland-Archiv, 1992, H. 12, S. 1112-1120.

19 Siehe Ralf Pievan (Redaktion): Urlaub, Klappfix, Ferienscheck. Reisen in der DDR, Berlin 2003, S. 79-87, bes. 83 f.

was sicher nicht in erster Linie den Versorgungsengpässen geschuldet war. Diese Freizügigkeit, trotz der Traditionen in der Arbeiterbewegung, war anfänglich in der pruden DDR mit ihren Funktionären keine Selbstverständlichkeit. Verbote und Ausgrenzungen sorgten noch Mitte der 1950er Jahre für Verdruß. Trotzdem gab es hier bescheidene Ansätze von Öffentlichkeit, bis hin zu Vorschlägen, dieses Problem wirklich öffentlich zu diskutieren und einer Abstimmung unter den Badegästen in den betreffenden Ostseebädern zu unterziehen. Lieber wichen die Funktionäre Stück für Stück, aber selbst über solche kleinen Fragen sollte unkontrollierbare Demokratie nicht entscheiden.<sup>19</sup> Heute entscheiden die Gemeindevertreter auch unter sich und unter dem Druck ihrer zahlungskräftigen (west)deutschen Investoren.

Ohne Öffentlichkeit, ohne demokratische Willensbildung, ohne das Austragen von (nicht einmal anerkannten) Interessenkonflikten muß über kurz oder lang jede Politik scheitern. Gerade das letzte Jahrzehnt der DDR erlebte immer wieder Nachfragen, private und Basis-Diskussionen, Vorstöße von Wirtschaftsfunktionären, zu einer Neuausrichtung der Sozialpolitik. Erfolglos. Zielgenauigkeit, Effizienz, Qualität und vor allem Anerkennung der sozialpolitischen Leistungen nahmen besonders in den letzten Jahren der DDR eine negative Entwicklung und schufen auch jenes Klima, das zum gescheiterten Versuch einer sozialistischen Erneuerung der DDR und schließlich zum Ausweg einer deutschen Einheit unter kapitalistischen Vorzeichen führte.

Nichtsdestoweniger sind die Erfahrungen wie auch wesentliche Strukturen der DDR-Sozialpolitik – von den Polikliniken bis zum polytechnischen Prinzip in der Schulbildung – Erfahrungen, die auch für moderne Alternativkonzepte von Bedeutung sind. Leistungen wie Defizite der DDR könnten wichtige Anhalte für neue Vorschläge sein. Vor allem stehen sie im Gegensatz zu jeglichen Tendenzen einer als Umbau getarnten Zerstörung des Sozialstaats, wie er unter unterschiedlichen ideologischen Verkleidungen gegenwärtig nicht nur in Deutschland praktiziert wird.

#### *Von der DDR lernen, aber wie?*

Aus heutiger Sicht kann man konstatieren: Die DDR leistete sich eine wirkungsvolle Sozialpolitik, die – allerdings erst im nachhinein, zum Leidwesen der SED – als Leistung, als Errungenschaft angesehen wird. Zu Lebzeiten der DDR hatte man sich ihrer erfolglos ähnlich gerühmt wie im Westen hervorragender Konzernbilanzen. Nur für die Bürger waren es damals Selbstverständlichkeiten, die sie erst heute vermissen und für die sie auch heute den Staat in der Pflicht sehen.

Eine unvoreingenommene Betrachtung zeigt, daß die Methoden, Instrumentarien dabei teilweise modern waren und durchaus auch auf die westdeutschen und nun gesamtdeutschen Fragen Antworten geben könnten. Polikliniken/Gesundheitszentren, Polytechnische Oberschulen/Ganztagsschulen, Kiga/Kita, Frauengleichberechtigung sind solche Felder. Und eine nüchterne west-/gesamt-deutsche Rückerinnerung würde auch eingestehen müssen, daß manche der sozialen Herausforderungen auch den Westdeutschen zunächst zumindest Anregungen gaben.

Diese konkreten Felder wie die gesamte Sozialpolitik waren systembedingt nonprofitorientiert, durch ein hohes Maß an Zentralisierung ge-

kennzeichnet, beinhalteten durchaus Selbstverwaltungselemente (in Gestalt des FDGB), blieben aber einem in diesem Sinne wahrlich paternalistischen System verhaftet, das Basisinitiativen und gar eine öffentliche Diskussion (nicht aber ein ausgeprägtes Eingabensystem in eher feudaler Manier) ausschloß.

Richtung und Inhalt durfte und konnte nur das SED-Politbüro vorgeben, das funktionierte immer so lange, wie es erfolgreich die Interessen der Bevölkerung aufgriff und vermochte, sie in Übereinstimmung mit Instrumentarien und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu bringen. Es scheiterte immer dann, wenn sich Rahmenbedingungen änderten und die breite Unterstützung, aber auch Mitsprache der Bürger erforderlich gewesen wäre. Zivilgesellschaftliche Strukturen fehlten und das zentralistische Machtsystem mit seinem Hierarchiedenken und dem Willen des »Durchstellens« von oben nach unten erwies sich als untauglich.

Neben den interessanten Einzellösungen (Polikliniken, Dispensaire, Ganztagschule, Polytechnische Bildung, Frauen usw.) und einem einheitlichem Sozialversicherungssystem gibt es selbstredend eine grundsätzlichere Ebene, über deren Aktualität nachgedacht werden müßte. Dies ist aber mit ordnungspolitischen Fragen verknüpft. Kann und muß sich eine moderne Gesellschaft der Frage der Gestaltbarkeit sozialer Verhältnisse stellen? Das betrifft insbesondere Probleme des gleichen, sozial gerechten Zugangs zu Arbeit und Bildung, nicht nur als Ausgangsbedingung, sondern möglichst in allen Lebensabschnitten. Gerade die garantierte Vollbeschäftigung, das einklagbare »Recht auf Arbeit« erweist sich heute immer mehr als springender Punkt. Das schließt auch die Frage nach einer Bevölkerungspolitik ein, die sich um Zusammensetzung und Reproduktion einer Bevölkerung kümmert und entsprechend steuert.

Das Lernen aus den DDR-Erfahrungen schließt das Begreifen des fundamentalen Widerspruchs jeder Sozialpolitik ein – soll sie vom Individuum oder von der Gesellschaft ausgehen. Extremformen, zu denen auch die DDR nicht gehörte, sind immer kontraproduktiv, ein ausgewogenes Verhältnis ist politisch anzustreben und demokratisch ständig neu zu legitimieren.

Hier seien nur einige Probleme der DDR benannt:

- Die DDR setzte auf Staat und Zentralismus, verhinderte dabei tatsächliche demokratische Entscheidungsprozesse für gesamtgesellschaftliche Probleme, obwohl in den Basisstrukturen Demokratie durchaus funktionieren konnte. Eine zivilgesellschaftliche Struktur außerhalb der Lenkungs- und Führungsrolle der Partei war undenkbar.

- In der DDR wurden den Gewerkschaften wesentliche Funktionen bei der Realisierung der Sozialpolitik eingeräumt, die aber wiederum nur bedingt Schutzfunktionen wahrnehmen konnten und mit ihren Strukturen wie alle anderen nur bedingt am demokratischen Prozeß teilnehmen konnten.

- In der Sozialpolitik spielten die volkseigenen, d. h. staatlichen Betriebe die entscheidende Rolle, was durchaus dem Platz der Arbeit im menschlichen Leben entsprach, gleichzeitig aber auch die schwerpunktmäßige Verteilung der Ressourcen erleichterte. Das sicherte eine starke Position der Beschäftigten, schränkte aber ökonomische Effizienz ein. Trotz dieser überragenden Rolle der Betriebe funktionierte zugleich in der verstaatlichten Industrie sozialistisches Eigentümerbe-

wußtsein nicht, während in den Genossenschaften, insbesondere in der Landwirtschaft, Eigentümerbindung und vor allem -verhalten funktionierte.

Trotz der vielen Wenn und Aber ist die in sich widersprüchliche DDR-Sozialpolitik mit ihren unterschiedlichen Facetten einer genaueren und unvoreingenommenen Untersuchung würdig. Keine ihrer Antworten sind unmittelbar übernehmbar. Genausowenig sind es alles Antworten, die nur für die Zeiten des Fordismus und der Arbeitsgesellschaft gültig waren, wobei generell zu fragen ist, ob der Umbruch hin zu postfordistischen, wissensorientierten Gesellschaften wirklich vollzogen und bestimmend ist.

Der Untergang des Staatssozialismus dürfte gerade angesichts des heutigen Vormarsches des Neoliberalismus – der weitgehend erst dadurch möglich wurde – deshalb nicht nur für Osteuropa ein Problem sein, sondern mehr noch für Westeuropa und den »rheinischen Kapitalismus«: Der soziale Stachel fehlt und nach den »sozialistischen Errungenschaften« stehen nun auch jene zur Disposition, die Sozialdemokraten und Gewerkschaften erkämpft haben. Das Problem besteht nur darin, daß sich dies Sozialdemokraten, Gewerkschafter und undogmatische Linke ebenso eingestehen müßten wie nicht wenige Verantwortliche postkommunistischer Parteien. Obwohl der Realsozialismus so bluttriefend in die Geschichte getreten war, hatte er sich gewandelt, sein soziales Anliegen nie vergessen. Die DDR ist sicher ein Musterbeispiel für den Wandel eines stalinistischen Systems, das nicht nur ein abstraktes Erbe, sondern auch konkrete Anknüpfungspunkte hinterläßt.

Deutlich ist, daß Sozialpolitik immer im Konflikt mit der Forderung nach wirtschaftlicher Effektivität steht und stehen muß. Möglicherweise muß aber auch akzeptiert werden, daß sozialistische Praxis oft auch mit Ineffizienz leben muß. Auf Heller und Pfennig sind viele Leistungen, so etwa die Integration von Problemgruppen in den Arbeitsprozeß, nicht zu bezahlen. Trotzdem muß eine Volkswirtschaft die Mittel dafür erwirtschaften. Die DDR zeigt, daß im Zweifelsfall sich Arbeiter mehr Lebensqualität selbst erkämpften und abtrotzten. Insofern könnte es durchaus sein, daß das Nichtfunktionieren der sozialistischen Wirtschaft und Ineffizienz durch zu großzügig gewährte Rechte der Arbeiter, in der DDR z. B. seit 1977 ein sehr »arbeitnehmer«-freundliches Arbeitsgesetzbuch, auch abgetrotzte alternative Lebensweise ist. Der Preis war wohl dafür zu hoch, das Gesamtsystem scheiterte. Allerdings bleibt die Frage, ob und wie eine alternative Lebensweise jenseits des Zwangs zum Konsum zu erreichen wäre, diese Frage ist auch in der DDR nicht beantwortet worden. Die Antwort, eine konkrete Utopie, für die sich nicht nur ein paar Freaks begeistern, könnte allerdings ausschlaggebend für künftige Gesellschaften jenseits der Profitmechanismen des Kapitalismus sein.

## HELMUT BOCK

# Vom Elend historischer Selbstkritik

Seit fünfzehn Jahren bemüht sich die Historische Kommission, die politische und geistige Erneuerung der PDS zu begleiten. Wer aber nun rückblickend die in der Partei geführten Debatten über Stalinismus und Staatssozialismus beurteilen soll, steht ziemlich verlegen vor einer Vielzahl von Beschlüssen, Dokumenten, Diskussionen, sich widersprechender Ansichten. Es ist schwierig, den zumeist dissonanten Chor auf ein Unisono zu bringen. Aus dieser Bedrängnis hat mir ein ND-Interview von Manolis Glezos geholfen. Befragt nach dem gegenwärtigen Zustand der »Linken«, antwortete der griechische Antifaschist und Widerstandskämpfer: »Ich denke, die Linke – sowohl in Griechenland als auch sonst auf der Welt – kann die Rolle, die sie eigentlich spielen müsste, heute nicht ausfüllen, weil sie in viele kleine Stücke zerfallen ist. Den Grund dafür sehe ich darin, dass die Linke seit dem Scheitern des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion vergeblich versucht, ihre eigene Identität zu finden. Warum aber findet sie die nicht? Weil sie sich über die Ursachen für das Scheitern des mit der Oktoberrevolution begonnenen Experiments nicht einigen kann. Dabei sollte doch ruhig jeder seine eigene Meinung bilden. Solange man sich nicht einigen kann, mag jeder an seiner Meinung festhalten und trotzdem gemeinsam mit den anderen handeln: in gemeinsamen Aktionen und in politischer Zusammenarbeit.«<sup>1</sup> Dem Ratschlag folgend, habe ich den Mut, das dauerhafte Thema unter dem Aspekt eigener Erfahrungen und Einsichten zu reflektieren.

Ich gehörte zur jüngeren Generation der führenden Partei, die 1952 beschloss, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu errichten. Von »Westen« her angefochten waren seit Churchills Kundgabe des Kalten Krieges in Fulton (1946) und den US-amerikanischen Atomkriegsplänen (1949) gewiss alle Versuche, die seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Ideen des Sozialismus und mit ihnen des Humanismus zu verwirklichen. Auch die DDR stand immerfort unter den Anfeindungen des internationalen und westdeutschen Monopolkapitals. Dass aber die freiheitlich-egalitären Blühträume der sozialen Revolution selbst in der Wirklichkeit des Sozialismus tödlich gefährdet waren, mussten wir frühestens 1953 und spätestens 1956 erfahren. Am 17. Juni 1953 sah ich in Leipzig zuerst den Pavillon der »Deutsch-Sowjetischen Freundschaft« brennen und erkannte darin nur den postfaschistischen Mob, nicht den Arbeiterprotest. Doch drei Jahre später war weltgeschichtlich zu begreifen, dass der praktizierte Sozialismus und der Humanismus in der Realität weit auseinander klafften.

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker; Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS sowie der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Zum geschichtlichen Denken in der PDS«, Heft 141/142 (Juli/August 2002), und »Die schöne Revolution. ›Von nun an werden die Bankiers herrschen!««, Heft 177/178 (Juli/August 2005). Nebenstehender Text wurde am 18. Juni 2005 vor der Historischen Kommission aus Anlass ihres 15jährigen Bestehens vorgetragen.

<sup>1</sup> Interview mit Manolis Glezos: In der Aktion muss Einheit herrschen, in: Neues Deutschland, 4./5. Juni 2005.

Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Februar 1956) enthüllte Chruschtschows Geheimbericht<sup>2</sup> unglaubliche Staatsverbrechen, die unter Stalins Regierung begangen wurden. Hitlers Blutspur in ganz Europa war mir bekannt: Sie hatte mich den Losungen »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« folgen lassen. Die ganz unerwartete Wahrheit aber, wie sehr auch Stalin mit Deportationen, Zwangslagern, Meuchel- und Massenmorden seine Blutspur von Brest bis Wladiwostok und sogar anderswo hinterließ, war nun im wörtlichen Sinne niederschmetternd. Aber gab es nicht eine Chance? Es war die Führungsmacht Sowjetunion und ihre Staatspartei, die Fehler und Untaten der Stalin-Clique offen legten – eine Stunde der Wahrhaftigkeit schien angebrochen. Durch historische Kritik und Selbstkritik war immer noch Zukunft zu gewinnen. Jedoch vor dem Maßstab analytischen Denkens konnte die Anklage des toten Stalin unter dem Aspekt des »Personenkults« keineswegs befriedigen. Es war vielmehr eine geschichtlich entscheidende Frage zu stellen: An welchen Grundmängeln musste das von der Sowjetunion ausgehende Sozialismus-Modell krankens, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Verbrechen möglich machte?

Das ist die Kernfrage nach Stalinismus und Staatssozialismus – gültig bis auf den heutigen Tag.

## I

Wer damals so dachte, hatte die Logik, nicht die Macht auf seiner Seite. Ulbrichts selektierte Führungsmannschaft, manövrierend unter den Zwängen des Kalten Krieges, aber seit Jahren schon gewöhnt an die Hybris der Macht, belastete kritische Frager mit den inkriminierenden Vorwürfen des »Kapitulantentums«, des »kleinbürgerlichen Sozialdemokratismus«, der »Parteifeindlichkeit«. Im Schlagschatten der politischen Prozesse zu Berlin und Leipzig, mit langjährigen Haftstrafen gegen Harich, Janka und noch weitere Genossen, hagelten auf die junge Intelligenz disziplinierende Parteistrafen, Lehr- und Publikationsverbote, Aberkennungen akademischer Rangstufen und Strafversetzungen in die Produktion. Es war eine Zeit, die hart an die Nerven ging. Offene Solidarität wurde niedergemacht. Schnüffler und Denunzianten hatten das Sagen. Dem sanguinischen Rheinländer, der ich war, musste ein Gutmeinender zu Gefasstheit und geduldigem Abwarten raten, weil »Geschichte einen langen Atem« benötige, bis »unsere Zeit« kommen werde. Der Genosse selbst hat sich aus Gründen tiefster Enttäuschung erhängt. Und was eigentlich nie erinnert wird: Weitere Genossen, in auswegloser Resignation, setzten ihrem Leben gleichfalls ein Ende.

Objektiv aber blieb die uns allen gemeinsame Schuld, dass die historische Chance, den überkommenen Sozialismus zu erneuern, in jenen Jahren vertan wurde. Denn in der Weltöffentlichkeit existierten durchaus gültige Antworten auf die Kernfrage nach dem problematischen Wesen des »russischen Sozialismus«. Bereits Ch. G. Rakowski, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Ukraine und Sowjetgesandter in London und Paris, urteilte 1928: »Mit Hilfe demoralisierender Methoden, die denkende Kommunisten in Maschinen verwandeln, die Willen, Charakter, menschliche Würde ertöten,

2 Über den Personenkult und seine Folgen. »Interne Rede« von N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in: Stalin bewältigen. Sowjetische Dokumente der 50er, 60er und 80er Jahre, hrsg. v. Günter Judick u. Kurt Steinhaus, Düsseldorf 1989; Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990.



3 Zit. nach Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, o. O., o. J., S. 98 (deutschspr. Erstausgabe: Zürich 1937).

4 Der Fall des »Bundes der Marxisten-Leninisten«, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, S. 25 f.

5 Trotzki, S. 96.

6 Ebenda, S. 131 ff.

7 Vgl. Unabgeholtenes im Kommunismus. Der Funken Hoffnung im Vergangenen, hrsg. v. Klaus Kinner (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 17), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2004.

vermochte die Spitze sich in eine unabsetzbare und unantastbare *Oligarchie* zu verwandeln und sich selbst an die Stelle der Klasse und der Partei zu setzen.«<sup>3</sup>

Die Kritik verschärfte sich im Manifest des »Bundes der Marxisten-Leninisten« (1932), verfasst von dem Moskauer Parteisekretär M. Rjutin und mehreren Alt-Bolschewiken. Sie verknüpfte die Personalkritik, die gegen Stalin, den »Totengräber der Revolution« gerichtet war, mit grundsätzlicher Systemkritik: Das Wesen der proletarischen Diktatur sei entstellt, die Rolle der Sowjets, der Gewerkschaften und des Komsomol zerstört. »[...] Durch unglaubliche Gewalt und Terror, unter der Flagge des Kampfes für die Reinheit der Prinzipien des Bolschewismus und der Einheit der Partei, gestützt auf einen gewaltigen zentralisierten Parteiapparat hat Stalin in den vergangenen Jahren die besten, wahrhaft bolschewistischen Kader der Partei gestürzt und aus der Führung entfernt. [...] Jede revolutionäre Gesetzlichkeit ist verletzt [...]. Der demokratische Zentralismus wurde durch die persönliche Sicht des Führers ersetzt, die kollektive Führung durch ein System von Vertrauensleuten.«<sup>4</sup>

Ein halbes Jahrzehnt später, vor dem ungeheuerlichen Hintergrund der beginnenden Moskauer Prozesse, veröffentlichte Leo Trotzki aus dem norwegischen Exil ebenfalls ein historisches Verdikt: »Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?« (1936) Mit Berufung auf Lenin und die altbolschewistische Partei enthüllte er einen »Verrat« an der sozialistischen Revolution. Sein zentrales Urteil besagte, dass der ursprünglich angestrebte und andauernd beschworene »demokratische Zentralismus« in Stalins Realsystem degenerierte: zum »bürokratischen Zentralismus«.<sup>5</sup> Eine neue Kaste hatte sich zum Herrscher über Partei, Klasse und Volk erhoben. Sie bestand nach soziologischen Schätzungen in der Mitte der 30er Jahre aus einer halben Million gesellschaftlicher Würdenträger, fünf bis sechs Millionen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären und ihren 20 Millionen Familienangehörigen – insgesamt etwa 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion.<sup>6</sup> Inmitten des allgemeinen Mangels, wo die überwiegende Volksmasse noch tief unter dem durchschnittlichen Lebensniveau der Hauptländer des Kapitalismus darbe, existierte diese neue Kaste aufgrund des Staatseigentums – mit relativ hohen Gehältern, sozialen Vergünstigungen, Unterschleif, Schmiergeldern etc. – von der Aneignung fremder Arbeit. Sie hatte in Stalin ihren allmächtigen Führer und wider Willen auch ihren Peiniger erkoren. Doch Trotzki hegte die Hoffnung auf eine grundstürzende Korrektur: Eine nochmalige Revolution der Arbeiterklasse könnte die Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie stürzen. Gelänge dies nicht, so werde über kurz oder lang ein Bankrott der Sowjetunion stattfinden: mit darauf folgender Restauration des großen Kapitals – und dies mit Beteiligung angeblich »sozialistischer« Parteifunktionäre, Staatsbürokraten und Administratoren der zentralistisch geleiteten, monopolisierten Wirtschaft.

Die ebenfalls kritischen Einsichten des Italieners Gramsci, der Deutschen Köstler und Münzenberg, des Polen Isaak Deutscher, weiterer Kommunisten und Sozialisten müssen hier übergangen werden<sup>7</sup>, damit wir sogleich wieder in die Zeit des XX. Parteitages der KPdSU gelangen. Da urteilten Togliatti und Djilas über dieselben



schwerwiegenden Probleme. Der italienische Kommunist und Parteiführer Palmiro Togliatti stellte bereits im Juni 1956 die Theorie des »Personenkults« in Frage: »Früher kam alles Gute von den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. In einem wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesgemäßen Urteilskraft. Außer acht gelassen werden die wahren Probleme, nämlich wie und warum die sowjetische Gesellschaft zu gewissen Formen der Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzlichkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte.«<sup>8</sup>

Auch Milovan Djilas wandte sich gegen die »Personenkult«-Doktrin. Der Kommunist, Partisanenführer, stellvertretende Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativrepublik Jugoslawien verfasste statt dessen eine Systemkritik – als konsequent sozialistischer Moralist und in der tragischen Gewissheit, dafür Kerkerhaft oder gar die Todesstrafe hinnehmen zu müssen: »Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems« (1957).<sup>9</sup> Wo Trotzki noch »Verrat« an der Revolution gesehen und die Korrektur durch eine zweite Arbeiterrevolution erhofft hatte, gewährte Djilas eine fortschreitende Entwicklung, die in der Sowjetunion zwangsläufig von der revolutionären Avantgarde-Partei Lenins zum Regime einer privilegierten Staatspartei führte. Dieser Herrschaftstypus war nach dem Zweiten Weltkrieg auf mehrere Länder Ost-Mittel-Europas – selbst auf das in der Wirtschaftspolitik eigenständige Jugoslawien Titos – übertragen worden. Die kritische Bilanz des seit 1917 verlaufenden Prozesses enthüllte nun das Machtssystem von Parteioligarchien und Staatsbürokratien, die sich ihre arbeitenden Klassen und Völker, Nationen und Nationalitäten gefügig machten. Bei allen Verbalien vom Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen: sie lebten und regierten auf der Basis des gesellschaftlichen, weithin aber verstaatlichten Eigentums wiederum durch Exploitation der arbeitenden Massen.

Anders als Trotzki mochte Djilas über die Chancen einer neuen Revolution kaum noch spekulieren. Jedoch in Übereinstimmung mit ihm nannte auch er die staatsmonopolistische Existenzform des Real-Sozialismus eine »totalitäre« Diktatur. »Der moderne Kommunismus ist diejenige Form des Totalitarismus, die aus drei Hauptfaktoren zur Kontrolle über das Volk besteht: der erste ist die *Macht*, der zweite der *Besitz*, der dritte die *Ideologie*. Sie sind das Monopol der einen und einzigen politischen Partei oder [...] einer neuen Klasse; und in der gegenwärtigen Situation das *Monopol der Oligarchie* jener Partei oder jener Klasse. Keinem totalitären System der Geschichte [...] ist es gelungen, gleichzeitig all diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad in sich zu vereinigen.«<sup>10</sup> Die derart herrschende Parteioligarchie mit ihrem Funktionsapparat sei unwillens und unfähig, das System durch grundstürzende Reformen zugunsten einer wahren sozialistischen Demokratie des Volkes zu verändern. Mit seiner festungsartigen Abschottung gegen die modernen, zumal wissenschaftlich-technischen und handelspolitischen Entwicklungen einer durch Kalten Krieg gespaltenen Welt werde

8 Italienisches Interview von Palmiro Togliatti, Nachdruck: Freies Volk. Zentralorgan der KPD, Düsseldorf, 26. Juni 1956.

9 Milovan Djilas: *The New Class. An Analysis of the Communist System*, New York 1957.

10 Derselbe: *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1958, S. 226.

dieses Regime in Rückständigkeit verharren. Es werde die Akzeptanz des Volkes, sogar der Völker verlieren und in schwer bestimmbarer Zukunft zusammenbrechen.

## II

Die hier nur in Auswahl erinnerten kommunistischen Systemkritiker waren die Mahner »unserer Zeit« – und wie gesagt: ihre Gedanken, Erfahrungen, Analysen waren objektiv in der Welt. Wir hätten sie finden, rezipieren, verarbeiten müssen – auch wenn »Trotzki« und »Trotzkismus« in der Erziehungsanstalt des Stalinismus und des Poststalinismus als Inbegriff des »Bösen« galten und verfolgt wurden. Doch wir haben dies nicht getan! Selbst Fritz Behrens, der ebenfalls zum Systemkritiker des Staatssozialismus reifte<sup>11</sup>, bekannte von sich, das Buch von Djilas aus Gründen der Parteidisziplin bewusst nicht gelesen zu haben. So musste es kommen, wie es kam: Versteckt und vereinzelt in Freundeskreisen, gefesselt von den Kontrollen der Staatssicherheit, beschränkt in den eigenen Vorsichten und den Skrupeln einer objektiv falschen Partei- und Staatsdisziplin, verpassten wir den entscheidenden historischen Auftritt. Nicht wir waren die Kraft, die 1989 das Volk mobilisierte.

Der außerordentliche Parteitag der SED/PDS (Dezember 1989) geschah im Nachtrab. Er war eine Reaktion auf die Massenbewegungen seit Anfang Oktober. Doch er brachte endlich Entscheidungen für eine Umwälzung in der Partei: vor allem die Deklaration des Bruchs mit dem Stalinismus. Als dann mit Applaus der große Besen, das Reinigungssymbol, zu Händen Gysis auf die Tribüne hinaufgebracht wurde, wusste freilich niemand genau, wie schwierig Kritik und Selbstkritik sein würden.

Zunächst stand doch alle Politik unter der historischen Alternative: entweder gelang eine Revolution zwecks »besserer«, also wahrhaft sozialistischer DDR (eines volksdemokratischen Rechtsstaates) – oder es siegte die antisozialistische Konterrevolution (für die die Weichen im Dezember 1989 bereits gestellt waren). Das Resultat muss hier nicht besprochen werden. Wohl aber die aus ihm erwachsenen Schwierigkeiten, die PDS zu erneuern und dabei Klarheit über das Erbübel des Stalinismus zu schaffen.

»Wiedervereinigung« entpuppte sich als eine Einverleibung des Territoriums und des Volkes der DDR in die bürgerlich-kapitalistischen Strukturen der BRD.

Keine Revolution, sondern eine Restauration obsiegte, die in historischer Analogie mit der Kolonisierung Indiens durch Großbritannien zu vergleichen wäre, als ein kapitalistisches »Mutterland« die heimische Wirtschaft des Subkontinents zerstörte und nur zum Teil modernisierte. Die kapitalistische Restauration war vor allem aber auch eine politische, die mit dem triumphalen Behagen aller Restaurationen der Geschichte daherkam. Einer ihrer scheinheiligen Leitsprüche besagte: Was in der alten BRD an den Nazis versäumt wurde, müsse nun an den Sozialisten der DDR exekutiert werden. Damit war nicht bloß die semantische Gleichsetzung von ehemaligen Faschisten und gegenwärtigen Sozialisten formuliert – auf der gutbürgerlichen Hackliste stand die PDS als »Linksextremismus« sogar weit vor den Gruppierungen früherer und nachgewachsener Rechts-

11 Fritz Behrens urteilte 1978/79: Dieser Sozialismus sei eine »bereits wieder in Klassen erstarrte« Gesellschaftsordnung. »Es ist eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau.« Derselbe: Der real existierende Sozialismus, in: UTOPIE konkret, H. 2, Oktober 1990, S. 89.

extremisten. Dass die PDS, in deren Reihen sich nicht wenige Reformer um neue Ideen und Strukturen mühten, schlechthin als Wurmfortsatz der politbürokratischen SED, wenn nicht Stasi-Enklave inmitten der Bundesrepublik, verteufelt wurde, war Fortsetzung des Kalten Krieges.

Politisch bewussten DDR-Bürgern und zumal Parteimitgliedern wurde die Ehrbarkeit ihres Lebens, ihrer Biographien, aberkannt. Folglich wurden mentale Igelstellungen bezogen, die der PDS-Erneuerung keineswegs förderlich waren. Stets stand die Partei mit dem Rücken an der Wand: durch die Anwürfe des BRD-Regimes zur Gegenwehr gezwungen. Die Mühen der Verteidigung erdrückten jahrelang die nötigen und ehrlichen Mühen der politisch-geistigen Aufklärung. Aufklärung aber musste in der PDS vorrangig heißen: historische Kritik und Selbstkritik gegen Stalinismus und Staatssozialismus.

Seit 1990 arbeitete ich selbst als Mitglied der Historischen Kommission der PDS, Kurator der »Hellen Panke« e. V. und Leiter des »Treptower Forums« in Berlin, die alle für ein Umdenken von leninistisch-stalinistischen zu demokratisch-sozialistischen Auffassungen wirkten. Dabei blieb ich ein »Linker«, der seine Identität zu wahren suchte, indem er von der verdeckten Opposition im Staatssozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangte. Doch diese Position war zwiespältig, auch »dialektisch« zu nennen.

Gemäß der Tradition neuzeitlicher Revolutionen streiten »Linke« für die Lebensinteressen der arbeitenden und sozial benachteiligten Klassen und Schichten. »Konsequente Volkssouveränität« ist ihre Forderung, die nach einem nicht bloß bürgerlich-liberalistischen, sondern volksdemokratischen Staatswesen strebt, wo die alte Losung »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« durch reale Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Völkersolidarität verwirklicht wird. Das geht auf 1789, 1848, 1871 und 1917 zurück und ist immer noch Aufgabe der Zukunft geblieben. Überflüssig zu sagen, dass ich mit dem Bemühen des Historikers, das diesbezügliche Erbe der Geschichte zu erinnern, also der bourgeoisen Verteufelung und Vergessenspolitik zu entwinden, zugleich auch ein Verneiner der aktuellen Regime des Großkapitals bin.

Was ich andererseits aber im Sinne meines Themas sagen muss: Als ein »Linker« war und bin ich kein Verteidiger der von der Sowjetunion überkommenen Konstruktion des staatsmonopolistischen Sozialismus, daher auch kein nostalgischer Nachläufer der dahingegangenen DDR. Auf Gegenwart und Zukunft gerichtetes Denken müsste, so meinte ich, die Fehler und die Schandtaten aufklären, die die emanzipatorische Fahne des Sozialismus beschmutzt und besudelt hatten. Rückfällen, sei es auch nur im programmatischen Denken, war gerade jetzt durch geistige Entschiedenheit vorzubeugen – und dies umso mehr, als Erneuerungsstreben und »Poststalinismus« in der PDS unaufhörlich im Streit lagen.

### III

Unter den Reformern war strittig, was der Begriff »Stalinismus« bedeute und wie historische Kritik zu denken sei. Als Beispiel sei die

Konferenz des Bundesvorstands der PDS und ihrer Abgeordneten-gruppe im Deutschen Bundestag vom Oktober 1991 in Kleinmach-now erinnert: »Sicherheitspolitik der DDR. Zur Verantwortung der SED und der Rolle der Staatssicherheit«. Dort wurde Stalinismus-Kritik vorzugsweise durch den Versuch der Ideologie-Kritik geleistet. Im Zusammenhang mit der geistespolitischen, auf das Bewusstsein bezogenen These, dass eine »Abkopplung der heroischen Illusion von den Realitäten« der Politik erfolgt sei, wurden die »intellektuellen Eliten der DDR« schlechterdings in die Schuld des Staatssozialismus, seiner Herrschaftsideologie und Polizeigewalt, einbezogen: Die Intellektuellen hätten die Öffentlichkeit ohne kritische Hilfe gelassen; sie hätten sich insbesondere der Jugend verweigert und auf deren Fragen keine Antwort gegeben.<sup>12</sup> Deshalb bestünde bei ihnen auch eine Schuld für die Tätigkeit der Staatsorgane, sogar des Ministeriums für Staatssicherheit.

12 Michael Schumann: Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen Grundlagen der Repression, in: Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, hrsg. v. Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann, Hamburg 1992, S. 16 ff., insbes. 25 ff.

13 Helmut Bock: Diskussionsbeiträge, ebenda, S. 50 ff.

Dieser Verallgemeinerung habe ich widersprochen.<sup>13</sup> Denn in Literatur, Künsten, Theatern, Wissenschaften, Produktionsstätten existierten durchaus sozialistische Moralisten, Kritiker, Alternativdenker, die unter den polizeistaatlichen Bedingungen des Totalitarismus gesagt, geschrieben, gemalt, gesungen, dargestellt haben, was ihnen das Gewissen gebot. Etliche gingen dafür in Berufsverbot, Isolation, Gefängnis oder wurden ins Ausland vertrieben. Nicht wenige – obwohl eine Minderheit – stießen bewusst gegen Schranken vor, die von einer allmächtigen Politoligarchie mitsamt ihrem bürokratisch-polizeilichen Apparat errichtet waren. Wer nun erzeugte die Bedrückungen und die Beleidigungen? Wer überwachte Millionen von Staatsbürgern und zumal Tausende von kritischen Intellektuellen, deren Namen man in den Stasiakten finden kann?

Mag auch ein jeder selbst ins Gericht mit sich gehen. Es ist nicht einzusehen, dass die Schuld an Demokratiemangel und Intoleranz, Demagogie und Gewalt unteilbar sei. Das würde die Parteioligarchie, die Nomenklatura, die Stasi von einer Kritik entlasten, die sie wahrlich verdient hat. Und mehr: Die Pauschalität der Schulderklärung würde uns selbst entwerten – die sozialistisch Gesinnten, aber Querdenkenden in der früheren Partei. Deshalb sprach ich für Differenzierung und gegen jedes Pauschalurteil. Wohl weiß ich, dass der Parteiapparat, wohl vermute ich, dass auch die Stasi kein hermetisch geschlossener Kampfverbund war, vielmehr aus Menschen bestand, wo unter Hardlinern, Stupiden und Karrieremachern auch sensible Charaktere wirkten, die die Hoffnungen einer »Perestroika«, eines »Neuen Denkens« mittragen wollten – übrigens nicht erst seit 1985. Oppositionell denkende Sozialisten konnten unter Letztgenannten durchaus Duldung finden, um kritische Gedanken an die Öffentlichkeit zu schmuggeln. Doch grundsätzlich war und bin ich für klare Scheidung zwischen Machträgern und verdeckten oder gar offen bekennenden Oppositionellen, sonst würden Schuld, Mitschuld und Sühne verwischt.

In diesem Zusammenhang habe ich auch damals erinnert, dass seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Systemkritik gegen den Stalinismus entstand, die auf eine struktur-analytische Komplexität abzielte. Kommunistische Oppositionelle und Alternativdenker, die für ihre Kritik mit Freiheit und Leben zahlen mussten,

gelangten mit Hilfe ihrer Methodik und Konsequenz zu einer Systemanalyse, die ganzheitlich vorging und zu einem ungemein schwerwiegenden Resultat führte: der Existenz und historisch-politischen Verantwortlichkeit einer neuen herrschenden Kaste oder auch »Klasse« im staatsmonopolistischen Sozialismus. Mancher mag dieses Analyseergebnis nicht gern annehmen. Jedoch die dialektisch umfassende Sicht auf Macht, Eigentum und Ideologie einer Herrschaftskaste, die sich über die Arbeiterklasse und das ganze Volk erhob, macht offenbar, wie totalitär das System war – daher auch, wie schwer es war, eine Freiheit des Geistes zu verlangen, geschweige denn: mit konsequent demokratisch-sozialistischer Bewusstheit in aller Öffentlichkeit zu leben. Angesichts der Realitäten des praktizierten Sozialismus stellt sich die Frage nach Verweigerung und Bewährung, nach Hauptschuld, Mitschuld und Nichtschuld eben weit differenzierter. Man kann die »geistigen Eliten« der DDR nicht en bloc beurteilen, und schon gar nicht sämtliche Intellektuellen unter demselben Schuldkonto abrechnen, wofür die herrschende bürokratische Kaste einzustehen hat. Die Schuld ist nicht gleich. Die Schuld ist abzustufen. Bei aller Selbstkritik und Selbstanklage, die uns dann noch bleiben, ist zu prüfen, ob und wann wir tatsächlich als sozialistische Alternative auftraten und warum wir mit der Art unserer Kritik oder Opposition das System nicht zu wandeln vermochten.

Wenn wir die Ideologie-Kritik mit der umfassenden Systemanalyse verknüpfen, dann wird noch deutlicher: Die Verwerflichkeit der Politik lag nicht nur in der »Abkopplung der heroischen Illusionen von den Realitäten«. Das ist geisteswissenschaftlich und ideologiepolitisch formuliert. Das grundlegende Problem lag in den objektiven und subjektiven Faktoren des staatsmonopolistischen Sozialismus als Gesamtsystem.

Der unabdingbare Anspruch, den der klassische Marxismus, die Pariser Kommune, die frühen Sowjets und Rätebewegungen der Revolutionen von 1917/18 gestellt hatten, war preisgegeben worden: Das arbeitende Volk hätte im Sozialismus seine Demokratie, seine Arbeit, seine Besitztümer durch eigene Willensbildung, produktive Selbsttätigkeit und politische Kontrolle bestimmen müssen. Statt dessen dominierte eine bürokratische Kaste den »Arbeiter-und-Bauern-Staat« und das geltende Recht – auch in der DDR. Sie rekrutierte sich durch ein elitäres System der Kaderauslese und der willkürlichen Ernennung von Amtspersonen. Sie besaß Entscheidungsmacht, Kommandogewalt und das Privileg der Meinungsbildung. Sie war behütet durch andauernde Zensur der Medien und der Produkte geistiger Kultur, durch das Fehlen verfassungsmäßiger Beschwerdeinstitutionen, durch die Verweigerung der Gesinnungs-, Versammlungs- und Lehrfreiheit. Und sie wurde kriminalpolitisch geschützt von der allgegenwärtigen Staatssicherheitspolizei. Weil die meisten Individuen dieser Kaste den werktätigen Klassen und Schichten entstammten, trugen sie ursprünglich gewiss die Absicht, Sachwalter des arbeitenden Volkes zu sein. Jedoch emporgehoben und zugleich gefangen in der Hierarchie des Partei- und Staatsapparats, wurden sie letztlich zum Instrument der hohen Repräsentanten und Spitzenfunktionäre – darunter verdiente antifaschistische Kämpfer, die sich zu machtbeflissenen, selbstgefälligen Patriarchen mauserten. Diese geboten, das Volk gut zu hegen, aber auch materiell und geistig unter



Kontrolle zu halten, und sie gewöhnten sich an, die jeweils nötige oder mögliche Erfüllung der Volksinteressen als »Geschenke von oben«, als obrigkeitlichen Akt zu vollziehen. Das Volk hingegen durfte mit vorgefertigten Dankadressen seine Begeisterung bekunden, obwohl es selbst doch gearbeitet hatte und die Kosten für den Staat zahlte, auch für Immerdieselben auf den Tribünen.

Das aber war noch nicht alles. Indem die Bürokratie ihre Verfügungsgewalt über das »Volkseigentum« ausübte und die Verteilung des Bruttosozialprodukts alljährlich entschied, besaß diese Kaste eine ökonomisch-soziale Fundierung. Sie verwandelte Gemeineigentum des werktätigen Volkes innerhalb des Systems der Nationalen Front der DDR, an dem auch Christdemokraten (CDU), Liberaldemokraten (LDPD), Nationaldemokraten (NDPD) partizipierten, in Parteien- und Staatseigentum – und sie war als Parteien- und Staatsbürokratie dessen unmittelbarer Nutznießer. Dass darunter auch charaktervolle, persönlich bescheidene Individuen waren, kann die historisch-sachliche Erfahrung kaum entkräften: Die herrschende Kaste des staatsmonopolistischen Sozialismus schuf selbst keine materiellen und geistigen Güter, war streng genommen nicht produktiv-werk tätig. Aber sie leitete, reglementierte, kontrollierte, bevormundete, verteilte, entschied. Sie nutzte das vom Volk produzierte und vermehrte Gemeineigentum auch für ihre eigene Reproduktion – und dies zunehmend mit Selbstgewissheit und wachsender Verschwendung, mit der Arroganz einer geschichtlich neuartigen Machtbewusstheit und Privilegierung. Die heutige Restauration des großen Kapitals in den ostdeutschen Bundesländern, mit Anhäufung des Reichtums von Unternehmern und Politikern, lässt uns die damalige Aneignung des »Volkseigentums« durch die Führungsklasse eher in einem kleinbürgerlichen Zuschnitt erkennen. Jedoch politbürokratischer Zentralismus und Bevorzugung der Nomenklatura, also einer Arbeiteraristokratie, waren im Marxismus nicht vorgesehen.

Diese Kritik konnte in den Jahren 1990/91 nicht veröffentlicht werden.<sup>14</sup> Wo ich sie mündlich auf Parteitag und -konferenzen vertrat, stieß sie auf den Widerstand von Genossen der Kommunistischen Plattform oder auf den besorgten Hinweis: Ich solle sie nicht drucken lassen – sie »schade der Partei«. Ganz anders war das politische Klima in der Historischen Kommission. Den Text meines Manuskripts »Zu einigen struktur-analytischen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR«, der in Berlin nicht zu publizieren war, veröffentlichte Herbert Burmeister, zuvor Geschäftsführer der Historischen Kommission, im Oktober 1992 in Potsdam.<sup>15</sup> Zuschriften von Gregor Gysi, Michael Schumann, André Brie ermutigten mich. Es gab Nachauflagen in Bern, Bonn, Hamburg und Potsdam.<sup>16</sup> Die nur vierzigseitige Broschüre erstreckte die Strukturanalyse auf die »führende Partei«, die »totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft«, die »Dominanz des Staatseigentums und die Bürokratisierung der Produktionsweise«, die »Herausbildung einer herrschenden Kaste« und auf die »teleologische Geschichtsideologie«. Das Ganze erschien stets unter dem Titel »Partei – Staat – bürokratische Kaste«.

#### IV

»Cui bono?« Die uralte Frage hing wie ein moralisches Damoklesschwert beständig über der Historischen Kommission und mir selbst.

14 Einzige Ausnahme: Helmut Bock: Es führt kein Weg zurück. »Stalinismus« in der DDR, in: UTOPIE kreativ, H. 13, September 1991, S. 62 ff.

15 Derselbe: Partei – Staat – bürokratische Kaste (hrsg. v. Brandenburger Verein für Bildung »Rosa Luxemburg« e. V.), Potsdam, Oktober 1992.

16 Schweizerische Vereinigung für Marxistische Studien: VMS – Materialien Nr. 1, Bern 1993; Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, hrsg. v. Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann, Hamburg 1993, S. 145 ff.; Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 3, hrsg. v. Dietmar Keller, Hans Modrow, Hans Wolf, Bonn-Berlin 1994, S. 71 ff.; 2., unveränderte Auflage, Potsdam, Oktober 1995.

Natürlich wollten wir das stetige Ringen von Gysi, Bisky und anderen Reformern in der PDS unterstützen. Wir wollten helfen, die historische Kritik und Selbstkritik der Sozialisten zur Konsequenz zu treiben. Doch diese Kritik bot – wider Willen – auch Handreichungen für die bundesdeutsche Konterrevolution, überhaupt für notorische Gegner eines jeden Versuches antikapitalistischer Alternative. Angesichts der von Pfarrer Eppelmann geleiteten Enquête-Kommission des Bundestages (1993) stand ich mit dem Auftrag, die darauf reagierende PDS-Diskussion zu bilanzieren, »zwischen den Stühlen«: Einerseits urteilte ich gegen die »Eppelmann-Kommission«, die die DDR aus den Zusammenhängen des weltpolitischen und deutsch-deutschen Systemantagonismus heraustrennte, bereits vor Untersuchungsbeginn als »Unrechtsstaat« definierte, das gesamte Gesellschaftsleben und seine Menschen grob in Böse und Gute selektierte – wodurch sich ein Pfarrer zum eifernden Pfaffen, ein geschichtsbeflissenes Gremium noch einmal zur Waffe des Kalten Krieges machte. Andererseits kritisierte ich orthodoxe Abwehrpositionen in der PDS und zugleich den ehemaligen DDR-Politiker Dietmar Keller, der als einzig zugelassener Vertreter der PDS die Prämissen der Enquête-Kommission weitgehend bediente.<sup>17</sup>

Nach dieser Konfrontation meinte ich schließlich, einen kritischen Beitrag unter den »Linken« im Wesentlichen geleistet zu haben, mich jedoch in der kapitalistischen BRD nicht zum »Saubermann« und »Entlarvungsspezialisten« gegen den Sozialismus deformieren zu wollen. Nur die irreführende Apodiktik, die zwischen Stalinismus und Leninismus schlechthin trennt, blieb ein Gegenstand meines Nachdenkens: In Arbeiten über die Russische Revolution von 1917 bis 1921 versuche ich den Nachweis zu erbringen, dass in der von Lenin geführten Partei der Bolschewiken die nichtdemokratischen Strukturen geschaffen wurden, die dem Stalinismus den Weg bahnten.<sup>18</sup> Sonst aber habe ich mich als Historiker wieder auf meine Spezialgebiete der bürgerlichen Revolutionen seit 1789 und der Friedensforschung besonnen.

Bei Kommunisten Europas steht heute die PDS nicht ohne den Vorwurf, eine »reformistische Partei« zu sein. Auch radikale »Linke« der bundesdeutschen »Wahlalternative« (WASG) könnten die politische Zusammenarbeit mit der PDS erschweren. Deshalb wiederhole ich den Titel der vorstehenden Gedanken: »Vom Elend historischer Selbstkritik«. Für heute und morgen bleibt bewusst zu machen: Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, politische und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen und den latent wirkenden Irrtum, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als ziemlich gute Gesundheit interpretiert. Wer solche Medizin reicht, kann nicht liebenswürdig erscheinen. Er hat – nach dem Wort August Bebels – oft sogar die falschen Lacher und Lobspender auf seiner Seite.

Die Ära der Revolution von 1917 ist zu Ende. Zu Stalinismus und staatsmonopolistischem Sozialismus führt hoffentlich kein Weg zurück. Trotz der unabdingbaren Aufgabe, die inhumane, der volksnahen Demokratie und dem Sozialstaat feindlich gesinnte Strategie von Monopolkapitalisten und Politikern zu entlarven und zu bekämpfen: Die Erneuerung antikapitalistischer Alternativen wird *nicht* gelingen – ohne kritisch mit uns selbst zu beginnen, ohne »allen Aberglauben an die Vergangenheit«<sup>19</sup> abzustreifen.

17 Helmut Bock: Nachdenken über die Keller-Rede, in: DISPUT, H. 8/1993, S. 8 ff.; ebenfalls in: Zwischen den Stühlen. Pro und Kontra SED, hrsg. v. Dietmar Keller u. Matthias Kirchner, Berlin 1993, S. 70 ff.

18 Derselbe: Die Russische Revolution. Epochen-zäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte? In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen (Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 6. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen), Leipzig 2004, S. 17 ff.; Die Russische Revolution 1917 – 1921. Sieg oder Tragödie? (Pankower Vorträge H. 71, Helle Panke e. V.), Berlin 2005.

19 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 8, S. 117. Marx, der die soziale Revolution schon für das 19. Jahrhundert erwartete, meinte allerdings den Bruch mit den bis dahin auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnungen. Heute gilt die Marx-Sentenz uns selbst: Es ist die eigene problematische Vergangenheit, die »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lastet, so dass ein Bruch erfolgen muss. Das schließt die Rezeption und die Würdigung antikapitalistischer Charakterzüge im Leben des »real existierenden Sozialismus« der DDR nicht aus.